

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unerbittungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
für den Kreis der Provinz Sachsen monatlich 1.00 M.
Zurück die Post bezogen überreicht Nr. 276. unter Kreuzband für Deutschland und
Osterr.-Ungarn 1.20 M. — Erhöht mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage

Redaktion: St. Zingertstraße 14. II. Tel. 3485.
Erscheinung: am Montag von 12 bis 1 Uhr.
Erscheinung: St. Zingertstraße 14. Tel. 1769.
Erscheinung: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends

Inserate werden die gewöhnliche Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimonatlicher
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsangelegenheiten 10 Pf. Inzerate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 276.

Dresden, Mittwoch den 29. November 1911.

22. Jahrg.

Aus der asiatischen Türkei.

pr. Konstantinopel, 28. November.

In Jaffa spielten sich folgende Szenen ab: Ein Volks-
haufe fing einen Straßenhund auf, band ihm einen Bart um
und setzte ihm einen Hut auf und zog mit diesem Symbol des
„Glaubens“ durch die Straßen. Bald sammelte sich eine Menge
von einigen tausend Personen. Zu dieser Demonstration wurde
sehr längerer Zeit gestiftet; sie fand statt, trotzdem sie von den
Behörden verboten wurde. Als die Menge sich zahlreich genug
fühlte, zog sie vor das Regierungsgebäude und forderte die
Absetzung des Polizeikommissars, der derartige Kundgebungen
nicht dulden wollte. Diese Absetzung wurde auch
sofort zugestanden. Nunmehr berauscht von seinem
Triumph, wälzte sich der Volkshaufe zum Lager der Redise.
Hier erreichte der patriotische Tumult seinen Höhepunkt.
Schreie wurden geschrien, wilde Verwünschungen gegen die
Italiener ausgestoßen. Ersüllt vom steigenden Bewußtsein
ihrer Macht, lehrte jetzt die Menge wieder zum Regierungs-
gebäude zurück und verlangte ein Neues: Sie verlangte, daß
dem abgesetzten Polizeikommissar vor ihren Augen die Felle
ausgezogen werden. Darauf wollte die Regierung nicht mehr
eingehen. Es kam zu einem Zusammenstoß mit der bewaff-
neten Gewalt, worauf die Menge sich zerstreute; die Ab-
gehenden versprochen aber drohend, nächstens wiederzukommen.

Dieses Bild, das ich der Korrespondenz einer hiesigen
Zeitung entnahm, zeigt uns, wie die Stimmung der Massen
in der asiatischen Türkei ist. Was man hier Patriotismus
nennt, ist Fremdenhaß. Darüber sollte man sich keinen
Täuschungen hingeben. Es ist nicht der Zusammenhalt des
Jitanen, der sich hier kundgibt, sondern der gemeinsame Pro-
test gegen das kapitalistische Christentum. Zwar sind jetzt die
Italiener der Feind, aber den Massen fällt es überhaupt schwer,
die „Fremden“ auseinanderzuhalten, ob es nun Franzosen,
Deutsche, Engländer oder Italiener sind. Und ist es denn in
Europa viel anders? Auch in Europa hat die öffentliche Mei-
nung seit Jahrhunderten und bis auf den heutigen Tag die
nationalen und Rassenunterschiede innerhalb der musliman-
ischen Welt sehr wenig beachtet. Die Grenzen kommen nun
aber auch alle nach dem Orient in der gleichen Gestalt: als
Kolonialstaaten mit einer unersättlichen, unerschöpflichen Aus-
beute und der ausgesprochenen Tendenz, diese Völkerschaften
zu beherrschen. Da sie alle den gleichen sozialen Typus dar-
stellen, so werden sie von der Bevölkerung gleich gehalten.
Der Feind, der „Glaubens“, das ist in ihren Augen der Feind.
Die Vorgänge in Jaffa zeigen auf der anderen Seite die
Schwäche der Regierung. Beide Faktoren müssen in Betracht
gezogen werden, um die Konsequenzen zu begreifen, die die
Beherrschung, die jetzt die muslimanischen Massen in Asien
erzielen hat, nach sich ziehen kann.

Aus Smyrna wird berichtet, daß dort große Volks-
massen, Zehntausende, aus der weichen Umgebung zusammen-
strömen. Sie kommen alle, um die Stadt im Falle eines ita-
lienischen Angriffs zu verteidigen. Ob sie alle dazu nötig sind,
ist mehr als zweifelhaft. Da sie aber da sind, so müssen sie
vor allem ernährt werden. Viele sind wohl auch durch den
Hungertreiben worden, in der Hoffnung, daß die reiche
Stadt, die jetzt ihrer bedarf, Mittel zu ihrem Unterhalt finden
werde. Was fehlt das nicht, so wird der Unwille dieser Massen
hinter ihrem Patriotismus sicher nicht zurückgehen.

Reben dem Patriotismus, dem Fremdenhaß, der Ver-
achtung des „Glaubens“ zeigt sich ein allgemeiner Wut gegen
die Religion. In einem patriotischen Bild, das jetzt auf der
türkischen Bühne in Konstantinopel unter szenischem Beifall
aufgeführt wird, kommt folgender Dialog vor: Die Frauen in
Tepalik fragen, als sie die kalten italienischen Kriegsschiffe
herankommen sehen, wo denn die türkische Flotte sei? —
„Wir haben keine Flotte!“ — lautet die Antwort. —
„Aber wie denn? Wir haben doch so viel gepfernt, um Kriegs-
schiffe zu bauen!“ — „Die Arme waren es bloß, die ihr
Geld hergegeben haben, die Arme haben nichts gegeben.“
Was nun in Konstantinopel einen literarischen Ausdruck
annimmt, laßt in Smyrna gelegentlich auf der Straße aus-
sprechen werden. Da es die Europäer bezug, die „Glaubens“
sind, die den Reichtum repräsentieren, so würde die Revolte der
Massen unfehlbar sich gegen diese richten.

Die wirtschaftlichen Zustände in dieser wichtigen Han-
delshafen der asiatischen Türkei sind aber durch den Krieg sehr
prekär geworden. Der Proch der Bank von Smyrna wird
nicht der einzige sein. Ein großer Teil der Kaufmannschaft
kann kaum noch seinen Verpflichtungen nachkommen. Die Ein-
schränkung des Kredit hat nun aber zur weiteren Folge, daß
die Kaufleute, die ihre Warenvorräte nicht mehr erneuern
können, ihre Warenvorräte nicht mehr erneuern können.
Die Warenpreise, die auch jetzt schon enorm hoch sind,
können aber, bei der geringen Kaufkraft der Bevölkerung,
nicht noch mehr gesteigert werden. Dazu kommt eine andauernde
trockene Witterung, die die Herbstbestellung der Felder unmög-
lich macht und die Ernte des kommenden Jahres bedroht.
Dauert der Krieg fort, so ist im Frühjahr ein allgemeiner ge-
schäftlicher Zusammenbruch zu erwarten. Dieser wird natü-
rlicherweise zusammen mit dem Sanftigwerden asiatischen
Völkern, die sich vor den Toren der Stadt ansammeln.
In Konstantinopel, wo der zentralisierte Staat mit den
türkischen Feudalen sich auszusprechen hat, hat der Krieg

die Autorität der Regierung erst recht geschwächt. Folgende
beglaubigte Mitteilung, die dem sozialistischen Abgeordneten
des Majles Wan, dem armenischen Deputierten B. Papasian,
zuging, kann als typisch gelten. Der Kurde Saib bereist mit
seiner bewaffneten Gefolgschaft die Dörfer und treibt regel-
recht Steuern ein. Der Regierungsbereiter hat infolge dessen
an das Finanzministerium einen Bericht eingeschickt, in dem er
erklärt, er halte sich selbst nicht mehr für berechtigt, von der
Bevölkerung die fälligen Staatssteuern einzufordern, denn 1.
tut der Staat nichts, um die Bevölkerung zu schützen, 2. kann sie
nicht zahlen, da ihr bereits vom türkischen Raubritter das
Geld abgenommen wurde.

Viele dieser türkischen Großherren werden notorischer-
weise von der zarischen Regierung gefüttert und ge-
fördert. Wenn Rußland Nordpersien okkupiert und auf diese
Weise bis auf die Westgrenze der asiatischen Türkei vorrückt,
werden die Kurden ihr Verzehrwort erst recht fortführen
können.

Nach Greys Rede.

Die gestern veröffentlichte Rede des englischen Ministers
schloß mit Friedensbetuerungen, die in dem programmatischen
Schlusssatz ausklangen: England wolle mit allen Mächten Frieden
halten, ohne seine Vertragsbestimmungen mit Frankreich zu
verlegen. Premierminister Asquith betonte das gleiche und
das ganze Haus gellte der kühnen Friedensfundgebung Beifall.
Aber unsere bürgerliche Presse gerberdet sich trotzdem, als sei
ihre die englische Regierung noch etwas schuldig. Man weiß
nicht, was über das von Grey Gesagte hinaus die bürgerliche
Presse Deutschlands eigentlich erwartet hat. Die konservative
Streuzettelung schreibt: „Die Rede bietet keinen Anlaß, sich zu
enthalten und keinen, sich ihrer zu freuen.“ Die liberale Presse
ist auf den gleichen enttäuschten Ton gestimmt und die öst-
liche Zeitung, die Trabanten der Regierung, läßt sich aus
Berlin telegraphieren: „Wer von der mit so großer Spannung
erwarteten Rede Sir Edward Greys etwa erwartet haben
sollte, daß sie eine neue Orientierung der englischen Politik
enthalten würde, muß sich enttäuscht fühlen.“

Ja, was hat unsere Kapitalistenpresse eigentlich erwartet?
Sie glaubte, daß in Greys Rede eine offizielle Ausbreitung
Aberlens bestätigt werden sollte, eine Ausbreitung, die die
bürgerliche Presse vor Wochen mit gleichmütiger Gemühtung
kolportierte und die da belegte: Aberlens habe der englischen
Regierung nach Lord Georges Kriegserklärung eine echt-türkische
Zurückweisung erteilt, so daß sich England verdrugt beruhigt
habe. Nach Greys Rede aber stellt sich heraus, daß die
englische Regierung den Reutonen Aberlens von bedrohlich-
wärtiger Geheimerei zu diplomatischen Manieren erzog.
Strom in den Angaben unserer Marokkopolitikanten stimmt
nicht und darum vermissen die bürgerlichen Blätter so manches
in der englischen Rede.

Wenn es nur die reaktionäre Presse wäre, die unbehirt
weiter gegen England schreit, so bewies das höchstens wieder,
daß die Reaktionen wissen, was sie wollen: eine Wahlparole!
Wenn aber die freisinnige Presse in ein ähnliches Gerede fällt,
so beweist das nur, daß sie auch in der Auslandspolitik nicht recht
weiß, was sie eigentlich will. So beharrt sogar das sonst
vernünftigen Ansichten zugängliche Berliner Tageblatt noch
immer bei der Nebenart, England habe sich in der Marokko-
affäre ein Weltrentieramt und ein unbedingtes Vetorecht
angemacht. Das Blatt hat nicht so viel Gerechtigkeit, anzu-
kennen, daß, nachdem der deutsche Kaiser einmal versichert
ohne ihn dürfe keine Entscheidung in der Welt fallen, schließlich
auch England das Recht hat, sich für eine Anerkennung der
Weltweite und die Möglichkeit eines europäischen Krieges zu
interessieren. Wehlich spricht sich auch die Völkische Zeitung
aus, die sich offenbar für sehr diplomatisch hält, wenn sie schreibt:

Die Verhandlungen des englischen Unterhauses ... haben
die politische Lage nicht verschlechtert, und das ist schon etwas;
sie beruhten aber auch keineswegs zu einer optimistischen Aus-
sicht. ... Einmaligen läßt man sich, daß in einer Zeit, wo nicht
nur Englands, sondern aller Völker Interessen der Weltfrieden ist,
so steinlich alle Reiche mit erdlichem Eifer auf die Lösung zum
Krieg bedacht sein werden. Auch so recht sie sich weiter, die
Schraube ohne Ende.

Ja, auch die deutschen Liberalen helfen sie weiter drehen!
Rein fortschrittliches Blatt hat den Mut, sich
angelsichts der gegebenen Sachlage gegen
neue Flottenerweiterungen auszusprechen!

Die antienglische Pole der liberalen Presse ist nicht zu-
legt auch von Rücksicht auf den national-liberalen Nachbar
beeinflusst. Man muß nur die Nationalzeitung zur Hand
nehmen, um zu sehen, wie sich der Nationalliberalismus darüber
ärger, daß ihm durch die Vorgänge in englischen Unterhaus
die Flottenparole so gründlich verdorben worden ist. Die
Nationalzeitung läßt an Greys Rede kein gutes Haar und regt
sich besonders darüber auf, daß die englische Regierung „den
vagen Bedächtigungen geblähter Ohrenbläser Glauben ge-
schenkt“ habe, da sie sich nicht ohne weiteres davon überzeugen
lassen wollte, daß Deutschland wirklich keinen Landwerb in
Marokko beabsichtige. Aber waren denn diese offenbar äußere
„deutschfeindlichen“ gehässigen Ohrenbläser, die so taten, als
sie trotz aller Regierungserklärungen eine dauernde Festsitzung
Deutschlands in Marokko etwas Selbstverständliches? Es

wären unsere alldeutschen national-liberalen Blätter und an
ihrer Spitze — die Nationalzeitung!

Es zeigt sich eben auch an den Nachwehen der Marokko-
affäre: Die einzig sichere Friedensbürgschaft liegt im Frieden-
willen der arbeitenden Massen aller Länder!

Die deutsch-englischen Verhandlungen im Oberhaus.

London, 28. November. Lord Courtenay lenkte im Ober-
haus die Aufmerksamkeit auf die kürzlichen Verhandlungen zwischen
Frankreich und Deutschland bezüglich Marokkos und das Verhalten
der bürgerlichen Regierung in Verbindung mit diesen Verhandlungen.
Die Debatte im Unterhaus am gestrigen Tage hatte das Interesse
an der Frage ziemlich gemindert und es hatte sich daher nur eine
kleine Versammlung von Lords eingefunden. Lord Courtenay be-
rührte die allmähliche Verbesserung der Beziehungen Englands zu
Frankreich und Rußland und fragte, warum das, was im Falle dieser
beiden Länder geschehen ist, nicht auch im Falle Deutschlands ge-
schehen könne, und warum nicht ein dem englisch-französischen Ab-
kommen ähnlicher Vertrag mit Deutschland geschlossen werden könne.
Das britische Unwägliche kam heute von der Regierung, die ein-
gebender hätte kühner werden sollen, nur geringe Beachtung. Während
sie die Vertragsverhandlungen mit Frankreich doch eingeschätzt habe,
Man habe die Bedeutung dieser Verhandlungen übertrieben und
verdrängt, sich mit der Algerienfrage eingehend zu beschäftigen. Wenn
man die Algerienfrage sich ständig vor Augen gehalten hätte, so
würden wir fast alle unsere Schwierigkeiten vermeiden haben. Es
würde vieles erspart haben, wenn wir Frankreich ausmündigere
hätten. Das Schritte von Seiten Frankreichs, welche die Unab-
hängigkeit Marokkos bedrohten, kommentierte bei den an dem
Mächten hervorgerufen müssen, die an der Algerienfrage beteiligt sind.
Aber wir täten nichts und gestatteten, daß die Angelegenheit sich
selbst überlassen blieb. Wir wägen nicht eher auf, als bis der
Panther entsandt wurde. Lord Courtenay bemerkte, daß Deutsch-
land keine klare Darlegung seiner Absichten gegeben habe,
als der Vertrag entandt wurde. Er erklärte mit Bezugnahme auf die
Rede von Lord George, daß der eingeschlagene Weg erlaublich
gewesen sei. Die Hilfsquellen der Diplomatie seien nicht
erschöpft gewesen und die Angelegenheit hätte noch in diplo-
matischer Weise behandelt werden können. Lord George habe seinen
Wunsch nicht gut erfüllt. Die tatsächliche Lage der letzten Monate
sei die, daß sich Grey und die auswärtige Politik Großbritanniens
leiten lassen sollten von einer neuen Auffassung von internationaler
Verständigung.

Viscount Morley gab seinem tiefen Bedauern Ausdruck
über Lord Courtenays Angriff auf Sir Edward Grey. Es sei auch
schwerlich zu sagen, daß die Lächer der Entente von 1904 an legend-
liche Feindschaften gegenüber Deutschland gebracht hätten. Ich
bin gewiß, daß Lord Courtenay nicht den Wunsch hat, daß wir das
Abkommen kündigen. Das würde natürlich nicht möglich sein.
Der ganze Kern des Abkommens bestand darin, daß England freie Hand
in Ägypten und Frankreich freie Hand in Marokko haben sollte. Nach-
dem Morley auf die wichtige Tatsache der gewaltigen Fortschritte der
deutschen Flotte während der letzten vier Jahre hingewiesen hatte,
erklärte er, wir können unsere Augen dagegen nicht
verschließen. Es liegt aber nicht in der fernsten Erwarte-
nung von Deutschlands Macht zur See, was das allgemeine Emp-
finden herzlicher Freundschaft beeinträchtigen könnte.

Eine Wahlrede Poladowskys.

Graf Poladowsky ist bekanntlich im Wahlkreis Bielefeld-
Wiedenbrück als Sammlungsmandat von den Konservativen,
dem Zentrum, dem Bund der Landwirte und den National-
liberalen aufgestellt. Bisher ist der Wahlkreis durch unteren
Gesossen Sedering im Reichstag vertreten. Am Dienstag
abend hielt der Graf seine erste Wahlrede. Wir glauben
nicht, daß seine Auftragsgeber sonderlich mit dieser Rede
zufrieden gewesen sein werden. Sie war zum Teil eine
Polenrede gegen Anschauungen, die von den Parteien vertreten
werden, die ihn aufgestellt haben. Der Graf erklärte zunächst,
er sei kein Parteimann. Minister dürften und könnten
keine Parteimänner sein. Wenn sie auch früher einer Partei
angehörig hätten, so verlernen sie es doch, als Minister drohfe
Parteimänner zu sein. Dabei läme es auch, daß so viele
Minister an ihrer eigenen Partei starben. Poladowsky
wies dabei auf die angeblich sozialistischen Minister in Frank-
reich, er ist sich aber, was aus seinen Ausführungen hervor-
ging, darüber klar, daß man nicht nach Frankreich zu gehen
braucht, um die Leiden solcher an ihrer eigenen Partei ge-
storbenen Minister zu finden. Dann ging er auf die aus-
wärtige Politik über. Von der Erwerbung der neuen
afrikanischen Kolonien und Niederlande ist er sehr wenig
erlaubt. Ein Land, wo die Europäer nicht arbeiten können
und die Eingeborenen nicht erziehen wollen, bedente keine
Verstärkung unserer wirtschaftlichen und politischen Macht.

Poladowsky erkennt damit die Verdrängung der von
sozialdemokratischer Seite an unserer Kolonialpolitik geübten
Kritik an. Denn was Poladowsky hier von dem neu erworbenen
Gebiet gelaßt hat, das trifft auf unter ganzes übriges Kolonial-
gebiet genau ebenso zu. Aber auch der Marokkobegeisterung
unterer chauvinistischen Deihpörne steht Poladowsky kühl
gegenüber. Zunächst warf er die Frage auf, ob es denn not-
wendig gewesen wäre, Handel und Verkehr solange zu beun-
ruhigen, trotzdem man ja angeblich ein Stück von Marokko
gar nicht hatte haben wollen. Dann wendet er sich gegen
den Glauben, daß es ein Stück für Deutschland gewesen wäre,
wenn es ein Stück Marokko erworben hätte. Es wäre sehr
zweifelhaft, ob es nicht im Punkte der Schwäche geworden
wäre. Falls es es, jetzt schon von einer Überbevölkerung

Deutschlands zu reden. Bei dem schnellen Wachstum der deutschen Bevölkerung könne allerdings eine Uebersiedlung in Zukunft eintreten. Er hoffe, daß es für Deutschland einmal möglich sein werde, in einer klimatischen Lage, wo Deutsche arbeiten können, Besitz zu erlangen. Es wäre eine falsche Politik anderer Großmächte, uns an der territorialen Ausdehnung in erträglichen Klimaten zu hindern. Einem großen, wachsenden, unternehmungslustigen Volk gegenüber wäre das ein so unvorsichtiges Bagatel, wie der Beschluß eines Sicherheitsventils an einer Dampfmaschine.

Uns erscheinen die Hoffnungen des Grafen reichlich utopisch. Wo in den gemäßigten Zonen gibt es denn noch Land, das nicht bereits von einem Auktariat in Besitz genommen ist? Ohne einen blutigen Krieg ist die Erwerbung eines derartigen Gebiets nicht denkbar. — Dann kam der Redner auf die Reichsanlage zu sprechen. Er stellte die Forderung auf, daß niemals Ausgaben ohne Deckung gemacht würden, und bezeichnete es als ein Verdienst der Reichsfinanzreform, daß sie eine systematische Entlastung vorgehen habe. Dann wandte er sich gegen die Behauptung, daß die Steuerbelastung in Deutschland eine verhältnismäßig geringe sei, eine Behauptung, mit der die bürgerlichen Parteien in Wahlzeiten stets eifrig streben gehen. Poladowsky führte aus, die Vergleiche mit der Höhe der Staatsfinanzen in anderen Staaten beweisen nichts. Nur die Gesamtbelastung mit Steuern und Abgaben, nicht die reinen Staatsfinanzen seien maßgebend. Was in dem einen Staat von Gemeinden und höheren Verwaltungen für Kirche und Schule getragen werde, leistete in anderen Staaten zum Teil der Staat selbst.

Die Erfolge der gegenwärtigen Handelspolitik hält er für gute. Die kühnen Prophezeiungen über die bedenklichen wirtschaftlichen Folgen der neuen Handelsverträge hätten sich nicht erfüllt. Es wäre ja auch merkwürdig, wenn Poladowsky sich mißbilligend über Deutschlands Handelspolitik ausgesprochen hätte. Ist er doch einer der Schöpfer und Verteidiger des Zolltarifs von 1902 gewesen. Energisch betonte Poladowsky die Notwendigkeit der Sozialpolitik. Man solle aber nicht Sozialpolitik treiben, um politische Geschäfte zu machen. Er halte die Sozialpolitik für ein sittliches Gebot. Diese Ausführungen des Grafen Poladowsky dürften allerdings einem großen Teil seiner gegenwärtigen Auftraggeber sehr wenig gefallen haben. Die Agrarier, die nationalliberalen Schatzmacher und die Zentrumssektanten haben noch nie Sozialpolitik getrieben, weil sie diese für ein „sittliches Gebot“ hielten, sondern nur deswegen, um Wähler für sich einzufangen. Leute, die wirklich mit Leib und Seele Sozialpolitik treiben, hätten wirklich was anderes zuhande gebracht, als das was bisher aus der Fabrik der Mehrheitsparteien des Reichstags herausgekommen ist. Zum Schluß wandte er sich der Sozialdemokratie zu. Hier zeigte er keine Ausführungen, daß er der größten Bewegung unseres Jahrhunderts doch etwas mehr Verständnis entgegenbringt als die üblichen bürgerlichen Feld-, Wald- und Wiesenpolitiker. Es wäre, so führte er aus, eine harmlose Annahme, zu glauben, daß diese gegen den bestehenden Staat und die bürgerliche Gesellschaft gerichtete Bewegung lediglich das Werk des Geschicks und der staatsfeindlichen Gesinnung von ein paar Dugend Führern sei. Deutschland sei klimatisch wenig begünstigt und sei im Laufe der Jahrhunderte schwer vom Schicksal heimgesucht worden. Darunter hätten naturgemäß die Verstorbenen zu leiden. Die Sozialdemokratie sei nur geistig und sittlich zu überwinden. Dazu gehöre aber viel Ruhe, Geduld und Unerbittlichkeit der bestehenden Klassen. Man müsse hoffen, daß die Arbeiter sich politisch und wirtschaftlich abklären würden.

Die guten Ratschläge, die Poladowsky hier den besitzenden Klassen für den Kampf gegen die Sozialdemokratie gegeben hat, dürften nicht auf sehr fruchtbaren Boden gefallen sein. Die Parteien, die ihn aufgestellt haben, werden auch weiter gegen die Sozialdemokratie mit den gewohnten Waffen kämpfen, mit Lüge und Verleumdung, mit Gewalt über Vaterlandsliebe und Terrorismus. Die von Poladowsky verlangte Berechtigung und Unerbittlichkeit ist eben bei unvernünftigen Klassen nicht vorhanden. Die Arbeiter aber werden sich nicht im Sinne Poladowskys „abklären“, sondern auch in Zukunft in der Sozialdemokratie die zuverlässigste Vertreterin und Wächlerin ihrer Interessen sehen.

Deutsches Reich.

Das Hausarbeitsgesetz im Reichstage.

Der Reichstag beendete am Dienstag zunächst die zweite Lesung des Schiffsahrtsabgabengesetzes. Der von unseren Genossen David und Stolle unterfertigte Versuch der Freilassung, die Strombeiträge auch auf die rein preussischen Ströme auszudehnen, scheiterte an der Regierung und der reaktionären Mehrheit.

An eben diesen Faktoren scheiterten auch alle Versuche unserer Fraktion, das Hausarbeitsgesetz, das nunmehr herankommt, zu verbessern, aus einer Dekoration zu einer Wirklichkeit, aus einer Plage zu einer Wohltat, aus einem Schein zu einer Wahrheit zu machen. Der Unterschied aber war der, daß bei der reaktionären Mehrheit diesmal auch so gut wie der ganze Freisinn gehörte, meist auch Naumann, der Mann der schönen Worte und wohlgerundeten Sätze. Über schon machte der alte, ehrliche Träger eine Ausnahme. Ein Freisinniger, Herr Woller, ging sogar in seiner reaktionären Manier über die Rechte hinaus, indem er nicht undeutlich zu verstehen gab, daß ihm selbst die paar mageren Reformen der Vorlage eigentlich viel zu weit gehen. Dieser freisinnige Wusterte wurde von den Genossen Stadtman und Robert Schmidt gründlich abgefaßt. Aber vergebens wandten unsere Redner, außer den Genannten noch die Genossen Albrecht, Leber, Göhre usw., alle Kraft der Logik, alle Beredamkeit wahrer und edler Leidenschaft auf, um das Gewissen der bürgerlichen Mehrheit aufzuklären. Es half nichts. Alle Verbesserungsanträge, und wenn sie auch nur Wiederherstellung der Regierungsvorlage forderten, wurden abgelehnt. Der salbungsvolle katholische Festredner Bleicher und der nicht minder salbungsvolle evangelische Vicentia Everling, der fortschrittliche Fabrikant Wang und der angebliche Arbeiterführer Veltens sangen das selbe Lied der angeblichen Unburchbarkeit unserer Anträge, und ganz zuletzt stellte sich noch Staatssekretär Delbrück an die Spitze der Reaktion. Keine der Ansuchen, deren Vereitelung wir verlangten, wurde befolgt. Seine Erweiterung wurde zugestanden. Es gehört keine Prophetengabe dazu, um vorauszusagen, daß auch unser vom Genossen Göhre kraftvoll vertretenen Antrag auf obligatorische Lohnunterstützung, über den die Entscheidung erst am Mittwoch fallen

wird, das Schicksal aller unserer übrigen Anträge teilen wird. Die Heimarbeiter aber haben Gelegenheit, am 12. Januar über die Verschlechterungsparcien zu Gericht zu sitzen.

Der wirtschaftliche Wert Südmarokkos.

Was haben die Herren Alldutschen nicht alles über die ausgezeichnete Beschaffenheit Südmarokkos zu erzählen gewagt, was hat man nicht alles davon zusammengequatscht, daß Südmarokko ein vorzügliches Siedlungsland für deutsche Bauern abgeben würde! Jetzt stellt sich immer mehr heraus, daß all die schönen Erzählungen, die über Südmarokko verbreitet worden sind, weiter nichts waren als Phantasien, die in den Köpfen der alldutschen Mannen herumspazieren.

Das wird wieder bestätigt durch einen Bericht, der durch die bürgerliche Presse geht:

In der Gesellschafterversammlung der Hamburg-Marokkanischen Gesellschaft am 10. d. legte am Montag die Verwaltung den Bericht über die bisherige Tätigkeit der Gesellschaft, die Interessen hauptsächlich im südlichen Marokko verfolgt, vor. Die Verwaltung ist der Ansicht, daß nach den bisherigen von ihr an Ort und Stelle vorgenommenen Ermittlungen aus Gründen des Klimas und der Bodenbeschaffenheit eine An siedelung deutscher Bauern in Südmarokko (Sagharat) nicht Aussicht auf wirtschaftlichen Erfolg bieten würde, und daß andererseits auch zurzeit der Nachweis fehlt, daß die Voraussetzungen vorliegen, die eine kulturbare Landwirtschaft ermöglichen. Die Versammlung beschloß daher, einzustellen von dem Erwerb landwirtschaftlicher Interessen in Südmarokko abzusehen.

Was das Ergebnis anbelangt, so hat die Gesellschaft auf Grund reichhaltiger Erprobungen eine Reihe von Fundorten angezeiget. Die ungesicherten Verhältnisse haben aber bislang eine genaue Nachprüfung der Wichtigkeit und Abbaubarkeit der betreffenden Lager verhindert. Der Gesellschaft ist daher auch davon überzeugt, daß keine der anderen in Südmarokko tätigen bergbaulichen Interessentengruppen Lager entdeckt hat, deren Abbaubarkeit im großen Maße schon nachgewiesen ist. Da jedoch verschiedene Umstände darauf hinweisen, daß sich — so wenig hierüber auch heute feststeht — in Südmarokko wirtschaftlich abbaubare Erzlager finden, und da ferner durch das Marokko-Abkommen, dessen Abschluß von der Gesellschaft bezeugt wird, eine Konsolidierung auch der südmarokkanischen Verhältnisse zu erwarten ist, die ein sachgemäßes Weiterarbeiten gestattet, beschloß die Gesellschafterversammlung, wie bisher auch die betreffende Gebiet nachzusehen und die für die Fortführung dieser Tätigkeit erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Also die Geschichte von dem Siedlungsgebiet für deutsche Bauern ist einfach lächerlich. Und mit den angeblich so ertragreichen Erzlagerstätten ist es auch noch eine sehr zweifelhafte Sache.

Der Reichsverband als agrarische Filiale.

Das offizielle Organ des Bundes der Landwirte, die Deutsche Tageszeitung, teilt mit:

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat ein Flugblatt: „Teuerung und Sozialdemokratie“ verbreitet, das bereits in mehreren hunderttausend Exemplaren ausgegeben wurde. Da dieses Flugblatt, das der sozialdemokratischen Teuerungshetze in recht glücklicher Weise entgegensteht, noch weiter in vielfach verlangt worden ist, so hat sich die Hauptstelle des Reichsverbandes, Berlin E.V. 11, Dönhofsstraße 30, entschlossen, es nicht nur seinen eigenen Organisationen, sondern allen nationalen Vereinen, insbes. deren Arbeitervereinen, unentgeltlich in jeder beliebigen Anzahl zur Verfügung zu stellen; ebenso den Organisationen der bürgerlichen Parteien gegen Erstattung der Zustellungskosten.

Es handelt sich um ein Flugblatt von rein hochschulmännlich überagrarischer Tendenz. Als der Reichsverband anfangs behauptete, er, eine unparteiische Organisation zu sein, in der sich alle Gegner der Sozialdemokratie zusammenschließen könnten. Jetzt hat er längst die Maske der Neutralität abgeworfen und sich als Hilfsstuppe der allerjüngsten junkerlichen Reaktion entpuppt. Trotzdem soll es aber noch Liberale geben, die sich seine Hilfe recht gern gefallen lassen.

Reichsverbändlerische Kampfanlage an den Hansabund.

Die Konservativen hatten am Sonntag in Hannover eine Demonstrationssammlung veranstaltet, in der der Reichsverbandsgeneral v. Liebert über die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien gesprochen hat. Liebert hat dabei mit den genugsam bekannten Reichsverbandsargumenten gearbeitet, ganz besonders aber die Schale keines Jornes auf den Präsidenten des Hansabundes ausgegossen, der ebenfalls in Hannover eine Rede gehalten hat, in der die blaue-schwarzen Hochbrüder nicht gerade besonders gut weggekommen sind. Nach Ansicht des Reichsverbandsgenerals bedeutet die Aufstellung von 20 Kandidaten des Hansabundes eine Zerrüttung aller Wahlkreise und damit einen Triumph der Sozialdemokratie.

Der Mergen des Reichsverbandsgenerals dürfte eine seiner wichtigsten Ursachen darin haben, daß ihm durch die Gründung des Hansabundes verschiedene Geldquellen verflochten worden sind. Wie die Dinge liegen, wird der Reichsverband als konservativer Wahllegationszentrale nicht anders können, als im Wahlkampf seine Agenten auch gegen den Hansabund mobilzumachen, und damit würde der Reichsverband natürlich neuerdings den Verweis dafür erbringen, daß er seine Aufgabe nicht etwa einzig darin erblickt, den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen, sondern daß er alles niederringen will, was nicht bereit ist, im konservativen Fahrwasser zu liegen. Es ist eigentlich ein höchst gelungener Witz, daß sich der Reichsverband jetzt gegen jene Kreise wendet, die eifrig mitgeholfen haben, ihn großzugig zu machen.

Reichstagswahlen und Deutscher Kriegerbund.

Die Parole beröfentlicht den Wahlausruf des Deutschen Kriegerbundes, in dem es für vereinbar mit dem Gedächtnis eines Mitgliedes eines Kriegervereins, das es bei der Aufnahme in den Verein abgeben müsse, erklärt wird, die Stimme einem Weisen, Polen oder Sozialdemokraten zu geben. Der Ausruf betont:

Wer dies Gedächtnis nicht mehr halten will, von dem erwarten wir, daß er als ehrlicher Mann aus seinem Kriegerverein aussteige, denn seine Zugehörigkeit ist freiwillig, und wir halten niemand, der sich nicht mehr zu unseren Grundfäden bekennen will. Dies gilt sowohl bei den Hauptwahlen wie für die Stichwahlen! Auch bei den Stichwahlen ist die Wahl eines Sozialdemokraten, harnocherischen Weisen oder Großpolen eine Unterfütterung dieser Parteien und mit den Satzungen des Kriegervereins unvereinbar. Wir bitten unsere Verbände, und Vereinsvorstände, im vorstehendem Sinne tätig zu sein.

Wenn man den Mitgliedern der Kriegervereine wenig-

stens einen Teil der eingezahlten Beiträge zurückgeben wollte, würde die Mahnung zum Austritt einen ungehoblen Erfolg haben.

Alldutsche und Notentreiber an der Arbeit.

Der Notentreiberspräsident Großadmiral v. Roeder hat in einer Verlesung der Ortsgruppe Frankfurt a. M. eine Ansprache gehalten, in der er nach der täglichen Handarbeit u. a. ausführte: „Unsere Bestrebungen müssen dahin gehen, daß unser drittes und viertes Geschwader mit den dazu gehörigen Aufklärungs- und vierter Geschwader mit dem dazu gehörigen Geschwader möglichst mit dem Beginn eines Division der englischen Heimflotte.“

Während v. Roeder aber England die gepanzerte Flotte unter die Nase halten will, sehen die Alldutschen in Frankreich den Feind und fliehen noch immer die Fährte nach Marokko. Die Ortsgruppe Berlin des Alldutschen Verbandes legt in der Zeitung Ausdruck, daß durch dieses gegen den Willen des nationalen Teiles unseres Volkes zustande gebrachte Abkommen, daß ihn berufenere Staatsmänner zur gegebenen Zeit von neuem aufnehmen werden, um dem deutschen Volk von den Erwerb des atlantischen Marokko das Siedlungsgebiet zu verschaffen, das es unbedingt braucht.“

Diese Kriegs- und Eroberungsgelüste muß das deutsche Volk am 12. Januar mit dem Stimmzettel eindämmen!

Der badische Landtag.

Ist am 28. November durch den Großherzog eröffnet worden. Die sozialdemokratische Fraktion beteiligte sich nicht an diesem Akte, zu dem die Volksvertretung auf allerhöchsten Befehl durch das Großherzogliche Oberkammerherrenamt beschieden worden ist. In einer Vorbesprechung der Kammer wurden diejenigen Abgeordneten durch das Hofbestimmte, die den Landesfürsten am Vorabend des Landtagsgebäudes empfangen und zum Thronsaal des Plenarsaals begleiten sollte. Das Hofbestimmte meißens Zentrumskräfte und Konservativen, keine Sozialdemokraten, was von der Rechten als ein gutes Zeugnis bezeichnet wurde.

Die sozialdemokratische Fraktion bringt für die am Mittwoch stattfindende Wahl des Kammerpräsidenten wieder den bisherigen zweiten Vizepräsidenten Georg als Kandidaten der Sozialdemokratie für den Posten in Vorschlag. Sie reichte eine Interpellation wegen der Leistung ein und wird mit Rücksicht auf die Notlage der Beamten und Arbeiter des Staatsdienstes eine materielle Verbesserung der Bezüge befürworten.

Zum Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion wurde der Genosse Kolb gewählt, nachdem der Genosse Köhler eine Wiedertwahl abgelehnt hatte.

Kaufmännisches Justizhandteil.

Am 21. Juni d. J. wurde der Genosse Volkshaus Maurer in Lage vom Schwurgericht zu Detmold wegen Mordes zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Er sollte in einem Streitprozess falsch geschworen haben. Die Staatsanwaltschaft stützte ihr Verfahren gegen ihn auf die Aussagen zweier Arbeitswitzer, die eine Drohung aus dem Munde eines Kollegen von Maurer gehört haben wollten, von der Maurer unter keinem Eide bekundete, nichts zu wissen. Die Geschworenen, die das verurteilende Erkenntnis fällten, waren in der Wehrzahl unzureichend. — Die von dem Anwalt Maurer gegen das Urteil eingelegte Revision hat das Reichsgericht jetzt als begründet anerkannt und die Sache zu neuer Verhandlung an das Schwurgericht zurückgewiesen, so daß nach dem Vergehen geboten sein wird, die merkwürdigen Vorgänge, die dem Urteil zugrunde liegen, vor der Öffentlichkeit nochmalig zu besprechen.

Polizei und Vereinsrecht.

Ein schier unglaublicher Verstoß der Polizei gegen Vereins- und Versammlungsrecht wird aus Breslau gemeldet. Dort sollte am Montag in öffentlicher Versammlung die Vereinswahl über das Thema: Die wahren Vorkämpfer der Freiheit vor der Versammlung machte der überwachende Polizeikommissar die Mitteilung, daß er den Ausruf habe, um 11 Uhr die Versammlung zu beenden. Er fügte dann noch die Mitteilung hinzu, er werde eventuell den Saal mit Gewalt räumen lassen und er habe zu diesem Zwecke im Nachbarhause eine Fliegende Wache stationiert. Die Versammlung konnte infolgedessen nicht die Beschlüsse des Abends entgegennehmen und schloß mit der Annahme einer geheimen Resolution gegen das polizeiliche Vorgehen. Man sieht, wie eindrucksvoll die letzte Interpellation im Reichstage über die Polizeiverstöße gegen das Versammlungsrecht bei den Behörden geblieben ist. So lange die Zentralstelle derartige Mißgriffe ungeahndet läßt, wird es auch nicht anders werden.

Gesetzliche Regelung des Wahlrechts.

Auf den 6. Dezember ist eine Konferenz im Reichspostamt anberaumt worden, in der über die gesetzliche Regelung des Wahlrechts beraten werden soll. Zur Teilnahme sind Vertreter der Handwerkskammern, Handelskammern und der Landwirtschaftskammern sowie sonstiger interessierter Korporationen des Handels, der Industrie und des Gewerbes aufgefordert worden. Es ist beachtlich, die Vorlage, die in dem neuen Reichstage eingeleitet wurde, da das Inkrafttreten der Bestimmungen zum 1. April 1912 vorgesehen ist. Die Regelung des Wahlrechts beruht gegenwärtig auf einer ministeriellen Verordnung.

Der Liberalismus in Elsaß-Lothringen ist in starken Unwohlsein begriffen. Vor einiger Zeit spaltete sich die Elsaß-Lothringische und gründete einen eigenen Wahlverein für Elsaß-Lothringen, der eine mehr konservative Tendenz haben soll. Neuerdings ist nun eine weitere Spaltung eingetreten durch die Abwanderung der Nationalliberalen, denen der Liberalismus zu weit nach links abgerückt war. Die Führung der nationalliberalen Gruppe übernahm der frühere Elsaß-Lothringische Reichstagsabgeordnete, Professor Dr. Galtzer. Die Elsaß-Lothringische Gruppe übernahm die frühere Elsaß-Lothringische Reichstagsabgeordnete, Professor Dr. Galtzer. Die Elsaß-Lothringische Gruppe übernahm die frühere Elsaß-Lothringische Reichstagsabgeordnete, Professor Dr. Galtzer.

Die badische Arbeiterpartei. Der Stadtrat der Stadt Mannheim hat beschlossen, auf der Grundlage einer genossenschaftlichen Organisation eine Arbeiterpartei zu errichten. Die badische Arbeiterpartei soll die landwirtschaftlichen Vereine und einige Großproduzenten mit in die Genossenschaft aufgenommen werden. Die Verhandlungen darüber geschlungen sind. Jetzt gehören neben der Stadt der Arbeiterpartei und einige Beamten- und Arbeitervereinigungen der Genossenschaft als Mitglieder an. Im badischen

Schlachthof wird in einem Neubau die Milchsammlerstation errichtet. Sie wird mit allen nötigen maschinellen Einrichtungen versehen. Ein vier aus berechnen die Milchwagen nach der Stadt und zwar von vier bis nach den mit Arbeiterfamilien stark besetzten Stadtteilen. Die Milch muß von den Konsumenten auf der Straße abgeholt werden. Die Produzenten und Milchhändler sind über das Vorgehen der Mannheimer Stadtverwaltung sehr aufgebracht; die sozialdemokratische Partei fördert das Unternehmen nach Kräften.

Rusland.

Frankfurt.

Das deutsch-französische Abkommen.

Paris, 28. November. Die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten beriet über den Bericht Vonges betreffend das deutsch-französische Abkommen. Die Kommission beschloß mit fünfzehn gegen zwei Stimmen die Ratifikation des Abkommens. Gegen das Abkommen stimmten die Sozialisten Roussier und Ellen Prévot. Die Zahl der Abgeordneten, die sich einer Stimme enthalten haben, steht nicht genau fest. Die einen sprechen von acht andere von zwölf oder sogar von fünfzehn. Die Kommission wird die Fortsetzung der Verhandlung des Abkommens in der Deputiertenkammer am 7. Dezember begonnen werden.

Rusland.

Wahlreform des Dumaerwahlrechts.

Petersburg, 28. November. In der Reichsduma brachten die Sozialdemokraten eine Interpellation über die Wahlreform ein, daß die sozialdemokratische Partei der zweiten Duma eine Wahlreform verlangt habe. Die Wahlreform hatte den Grund zur Auflösung der zweiten Duma gebildet. Der Präsident der Duma erklärte auf Antrag der Opposition die Sitzung für geschlossen, da die Interpellation auf eine Angelegenheit bezöge, die ebenfalls hinter geschlossenen Türen vor sich gegangen sei. Nachdem das Publikum und die Journalisten entfernt waren, jagten die Sozialdemokraten wegen der durch die Majorität der Duma geschaffenen Wahlreform die Wahlreform ein. Am Schluß der Sitzung brachten die Sozialdemokraten dieselbe Interpellation mit einigen Änderungen in der Fassung ein. Der Präsident ordnete abermals den Ausschluß der Öffentlichkeit an und verbot die Veröffentlichung der Rede.

China.

Die Revolution.

Peking, 28. November. Aus Hankau wird gemeldet, daß die kaiserlichen Truppen Hanjang wieder erobert und den Hanjang überfallen haben, um den Angriff auf Wuhsang zu verhindern. Der Rebellengeneral hat die fremden Konsuln ersucht, den kaiserlichen General zu einem dreitägigen Waffenstillstand zu überreden, damit er mit Schanghaï und anderen revolutionären Zentren über die Annahme von Quansichais konstitutioneller Monarchie verhandeln könne. Sollten die übrigen Rebellengeneräle nicht damit einverstanden sein, so will General Wihuangung Wuhsang räumen, um die Stadt vor der Besetzung zu bewahren. Auf zahlreiche Anfragen teilte die Ortsgruppe Hankau des Bundes mit, daß durch die Unruhen dort nicht nur das Leben, sondern auch das Eigentum der Fremden gefährdet ist.

Kaiserliche Flucht oder „wildevocker“ Selbstmord.

Petersburg, 28. November. Eine Privatdepesche aus Peking meldet, Quansichai und andere dem Thron nahestehende Personen hätten der Kaiserfamilie geraten, zu fliehen oder einen wilden Selbstmord zu verüben, weil eine Kustreuehaltung der Dynastie aufhört zu sein.

Zum Tripoliskrieg.

Tripolis, 28. November. (Ital. Quelle.) Es ist schwer, die Verluste der Türken in dem Zusammentreffen am 26. November genau zu beziffern. Die Zahl der in der Oase gefallenen Soldaten übersteigt hundert, aber unter den Zurückgebliebenen der Oasegegend müssen sich viel mehr befinden. Seit gestern wird sorgfältig die Reduktion und Verbesserung des Gesundheitszustandes in den eroberten Stellungen durchgeführt. Während der Nacht und am Morgen wurden in der Oase mehrere Angriffe gegen den italienischen Linien-Posten unternommen, die aber sofort zurückgewiesen wurden. Es handelt sich diesmal um Versuche, die italienischen Stellungen zu ermitteln und die Arbeiter zu töten.

Rom, 28. November. Dem Papst zufolge hat der türkische Vorkämpfer dem Großvezir mitgeteilt, daß Italien auf eine Aktion in den Dardanellen verzichte, doch möge nunmehr die Türkei Verhandlungen zur Lösung der Tripolisfrage einleiten. Nach einer Meldung desselben Vorkämpfers dauern die Kämpfe bei Tripolis fort. Der Versuch der Italiener, das Fort Senusi zu erobern, sei gescheitert. Die Italiener hätten unter Verlust von zahlreichen Toten sich zurückziehen müssen. 80 Italiener, darunter vier Offiziere, seien gefangen genommen worden.

Das türkische Kriegsministerium veröffentlicht folgendes Telegramm an den Kaiser vom 28. November aus Derna: „Seit zehn Tagen haben unsere Vorposten im Verlaufe verschiedener Reconnoissirungen gegen das feindliche Lager über 200 Italiener getötet. Wir nahmen dem Feinde eine große Menge Gewehre, Munition und militärische Ausrüstungsgegenstände ab. Die gefangenen italienischen Soldaten gehörten dem 22. Regiment an. Wir hatten bisher sieben Tote und nur einen Verwundeten. Der Verdienst und die Tapferkeit der Kräfte sind über alles Lob erhaben.“ Unter die Verluste der Italiener sind für die regulären Truppen die Verluste der Kräfte sind noch nicht festgestellt. Die Kräfte sollen mit ganz ausreichender Unterstützung ausgestattet haben. Diese Angaben fehlen in der offiziellen Veröffentlichung. Auf Anfrage anders und heißt, daß die Regierung, den Scheich der Kräfte vor Tripolis, Derna und Derna eine größere Anzahl von Orden und Medaillen zu verleihen.

Die Regierung beschloß, die Verlegung der Regierungssitze von Tripolis nach Derna im Innern, und wird die Kräfte auffordern, ihre Konsole dorthin zu schieben.

Sächsischer Landtag.

11. Kammer.

18. Sitzung vom 29. November, vormittags 10 Uhr.

Vorlesung der Staatsdebatten.

Eingegangen ist noch ein Antrag Brodauf und Genossen (Rechts, Sp.), der mit auf die Tagesordnung gestellt wird. Der Antrag lautet:

Die Kammer wolle beschließen: die Staatsregierung um baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfes zu ersuchen, durch den die Ergänzung des Einkommensteuergesetzes bestimmt wird; im Falle der Vereinbarung von Einkommensteuern wird das Einkommen der Ehefrau nicht gesondert versteuert, sondern dem Einkommen der Ehefrau hinzugezählt.

Abg. Winter (fortsch. Sp.): Finanzminister v. Seydewitz hat

sich gestern zur Aufgabe gesetzt, im Geiste seines Amtsvorgängers zu handeln. Wichtig ist, daß man auch bei einer günstigen Finanzlage den nichtern Blick nicht verlieren soll. Wir haben jederzeit die unermüdete Tätigkeit des Finanzministers Dr. v. Müller, unsere Finanzen in Ordnung zu bringen, anerkannt, aber man darf sich nicht verhehlen, daß die Herren Müller nicht weiter war, als die Schaffung neuer Steuern. Ich erwähne nur den Spärgewinn Steuerzuschlag und die Erhöhung der Gebühren für Amtshandlungen, Steuern, die im Laufe sehr unfreundliche Aufnahme gefunden haben. Wir können nicht billigen, daß die Beamten und Arbeiter der Staatsbetriebe in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte beschränkt werden. Der Finanzminister hat gestern gesagt, wir sollten mit weiteren Forderungen zurückhalten und nicht ein Geschlecht großziehen, das nur immer nach Staatskasse ruft. Interessant waren da die Ausführungen des Abg. Cypis über die neue Befolgsordnung. Aus ihnen ergab sich eine gewisse Enttäuschung über das, was sie manchen Beamtengruppen bringt. Zweifellos enthält die Befolgsordnung manche Fortschritte, aber unsere Verbesserungsvorschläge sind keineswegs von der rechten Seite dieses Hauses niedergelassen worden. Nicht einzeln ist, warum sich Herr Cypis veranlaßt gesehen hat, bevor zu warnen, den gewerblichen Mittelstand als minderwertigen Faktor hinzustellen. Wir sind jedenfalls viel früher aufgetreten, einen gewerblichen Mittelstand und leistungsfähigen Handwerkerstand zu erhalten, als die rechtsstehenden Parteien. (Sehr richtig! bei den Fortschritten, Heiterkeit.) Auf den Zukunftsstaat will ich nicht weiter eingehen, hier handelt es sich darum, möglichst viel selbständige Existenzen zu erhalten. Deshalb ist es nicht wünschenswert, wenn die Regierungen Gesetzentwürfe einbringen, die die Verteilung selbständiger Existenzen nach sich ziehen müssen, wie es bei der Reichsfinanzreform der Fall gewesen wäre, hätte der Reichstag nicht noch Veränderungen einzutreten lassen. Was der Abg. Fleischer vom Genossenschaftswesen gesagt hat, ist zweifellos richtig, andererseits ist aber doch anzugeben, daß durch daselbe Tausende von selbständigen Existenzen geschädigt werden. Herr Cypis hat aber jedenfalls nicht den geringsten Grund, gegen die Konsumvereine zu Felde zu ziehen, solange er nicht seinen Einfluß auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften geltend macht, daß hier etwas zur Erhaltung des gewerblichen Mittelstandes geschieht.

Redner wendet sich hierauf dem Eisenbahnetat zu. Wünschenswert wäre es gewesen, daß bei der Neuregelung für Lohnherhöhung der Eisenbahnarbeiter, die am 1. Oktober 1911 in Kraft getreten ist, aufeinander gehalten worden wäre, was davon auf die Erhöhung der Tagelöhne, die regelmäßigen Lohnauszahlungen und die Vermehrung der Personalleisten entfällt, und was dann noch übrig bleibt für die Erhöhung der Arbeitslöhne. Redner bezieht sich auf verschiedene Wünsche der Eisenbahnarbeiter in Wien und fordert u. a., daß Plänen in die höchste Instanz verlegt werde, gleich den übrigen sächsischen Großstädten. Die Eisenbahnarbeiter müssen viel zu lange auf Ausstellung warten. Der Wunsch der Reichsminister ist sehr nachvollziehbar, die Regierung sollte die nach dieser Richtung vorliegenden Wünsche möglichst berücksichtigen. Im vorliegenden Etat werden bedeutsame Mittel für die Anschaffung von Verkehrsmitteln gefordert. Hoffentlich bekommen dann auch die Rebellinnen neue Wagen. Trügend wünschenswert ist auch eine bessere Beleuchtung der Personenzüge auch die der 4. Klasse; ferner, daß die neuen Wagen 4. Klasse Aborteinrichtungen erhalten. Bei der Vergütung von Aufträgen für Beschaffung von Fahrzeugen sollte man alle leistungsfähigen sächsischen Fabriken heranziehen, nicht bloß die zwei großen Fabriken, die damit eine Monopolstellung einnehmen würden. Notwendig ist es auch, daß wir schneller fahren als bisher. Wir müssen eine großartige Eisenbahnpolitik treiben, um der preussischen Konkurrenz die Spitze zu bieten.

Unser Steuerentwurf wird von einem mehr politischen Freunde begründet werden. Wenn wir uns schon früher für Aufhebung der Schachtsteuer ausgesprochen haben, so deshalb, weil wir der Meinung sind, daß die Regierung in dem Spärgewinn Steuerzuschlag ein hochwertiges Äquivalent erhalten hat. Die ablehnende Haltung der ersten Kammer hinsichtlich der Neuregelung des Beamtenrechts im neuzeitlichen Sinne hat berechtigtes Mißfallen erregt. Was den Justizetat anbelangt, so können wir solange nicht für die Aufhebung der Dienstbezüge der sieben dienstlichen Oberlandesgerichtsräte eintreten, solange nicht die für zahlreiche untere Beamtengruppen bestehenden Härten beseitigt worden sind. Was bisher vom neuen Volksschulgesetz an die Öffentlichkeit gedrungen ist, zwingt zur Annahme, daß jedenfalls nicht ein Gesetz kommt, wie es die Mehrheit des Volkes will. Wir halten die Forderung für eine geeignete Grundfrage für eine Reform des Regimentsunterrichts. Der Antrag, das Volksschulgesetz der Landeshohe zur Begünstigung vorzulegen, mag ja dem synodalen Geistes des Herrn Cypis entsprechen sein, er steht aber jedenfalls mit dem Staatsrecht in Widerspruch. Ich empfehle dem Herrn Cypis, einmal das Staatsrechtbuch von Cypis zu lesen. (Allgemeine Heiterkeit.) In der Synode sind auch Vorschläge über die Ausstattung des Gläubigen gefallen. Nun, sind gefällig das Landtagsgebäude in seiner baulichen Anordnung auch nicht, richtiger wäre es jedenfalls gewesen, für jede der beiden Kammern ein besonderes Gebäude zu errichten. Der Kostenpunkt würde dadurch nicht höher geworden sein. Redner kritisiert dann ein Urteil des sächsischen Oberverwaltungsgerichts in Sachen der Bürgergenossenschaft zu Blauen, verteidigt die Haltung der sächsischen Regierung in der Frage der Schiffahrtsgablen und rechtfertigt das Verhalten der Liberalen bei der Reichsfinanzreform. Nicht bloß die Beamten, sondern auch die Sozialdemokratie hat sich noch nicht in das neue Vereins- und Versammlungsgesetz hineingefunden. Das bedingt das Verbot, gegnerische Zahlverformungen zu besuchen. (Lachen bei den Sozial.) Das ist ein Eingriff in die staatsbürgerliche Freiheit und Unbeschränkte Meißelheit ist überhaupt undenkbar und gibt es auch in sozialdemokratischen Versammlungen nicht. Wollte ich in einer solchen so lange sprechen wie hier, würde mir schon längst das Wort entgangen worden sein. (Wella bei den Fortsch.; große Heiterkeit.)

Minister Graf Bismarck: Die Frage, ob die vorliegenden Steuerentwürfe Aussicht auf Verwirklichung haben, kann ich wegen ihrer finanziellen Tragweite nicht sofort beantworten. Die beantragte Abänderung des Wahlgesetzes muß die Regierung ablehnen. Daß die beantragte Abänderung des erst vor zwei Jahren geschaffenen Wahlgesetzes schon aus allgemeinen politischen Gründen für die Regierung unannehmbar sein muß, ist eigentlich selbstverständlich. Aber auch ein sachlicher Grund liegt vor, nämlich der, daß die Bestimmung in § 9 des Wahlgesetzes gefordert hat, wonach das Wahlrecht von der Entrichtung einer direkten Staatssteuer abhängig ist. Deswegen ist die Bestimmung gegen öffentliche Pflichten heraus. Der Anspruch erhebt auf die Geschichte des Staates einen gewissen Einfluß auszuüben, der muß auch für den Staat etwas leisten. Die Verhältnisse im Reich liegen in dieser Beziehung anders als in den Einzelstaaten. Das Wahlrecht soll gewissermaßen eine Gegenleistung für die Willkürhaftigkeit und die Entrichtung indirekter Steuern sein. Das trifft für Sachsen nicht zu. — Was den Wunsch des Abg. Fleischer hinsichtlich der Stellungnahme der sächsischen Regierung bei Einführung einer Verfassung für Elb-Verfassungen anbelangt, so bin ich nicht in der Lage, auf die Beratungen im Bundesrat näher einzugehen. Daß aber die sächsische Regierung der Einführung der Verfassung entgegensteht und gleichen Wadrecht für die Landtage durchaus ablehnend gegenübersteht, ist allgemein bekannt. Dieser grundsätzliche Standpunkt ist auch für die Haltung der sächsischen Regierung im Bundesrat bei der Verfassung für das Reichland maßgebend gewesen.

An dem Grundsatze, daß Sammlungen von Geldern genehmigungspflichtig sind, muß festgehalten werden. Daneben besteht aber ein allgemeines Verbot von Sammlungen für religiöse Zwecke. Das Ministerium hat schon vor kurzem Gelegenheit gehabt, zu erklären, daß seine Bedenken bestehen, die Genehmigung hier vorzunehmen. Es will aber die allgemeine Genehmigung zu solchen Sammlungen erteilen, daß Verbot also zurückziehen. (Bravo!) Die Anregungen des Abg. Dietner auf Neuregelung des sächsischen Wegerrechts und der Unterhaltungspflicht sind der Erwägung wert. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Was

die gewünschte Förderung der Typsetzer anbelangt, so ist zu bemerken, daß es sich hier nicht allein um eine Aufgabe des Staates handelt. Solche große Unternehmungen bedürfen auch sehr eingehender und umfassender Vorstudien. Die Ausfüllung eines Planes für das ganze Land hat keinen Zweck. Ein neues Polizeigesetz und ein Gesetz über die Abgrenzung der Kompetenz der Polizei und des Verwaltungsgerichts befinden sich in voller Vorbereitung. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

(Die Verhandlungen dauern bei Schluß der Redaktion fort.)

Tredner Polizeibericht vom 29. November.

Aus Lebensüberbrück erklangte sich vor einigen Tagen in seiner in der Altstadt gelegenen Wohnung ein 64 Jahre alter Gewerbetreibender.

Aus der Friedrich-August-Brücke brach gestern vormittag ein 44 Jahre alter Dachdecker infolge unerer Kräfte plötzlich zusammen und verlor sich während seiner Heberführung nach dem Friedrichsplatz in die Luft.

Prognose der sächsischen Landbewässerung

am 29. November:

Winde aus Südost bis Südwest; wechselnde Bewölkung; Temperatur wenig geändert; vorwiegend trocken.

Wetterbericht von der Wetterkammer an der Friedrich-August-Brücke

am 29. November, mittags 12 Uhr.

Barometer 750. Seidenbarometer.

Thermometer + 5° C.

Thermometer nach: Min. - 4, Max. + 6.

Barometer 84°.

Wasserstand - 181 cm.

Letzte Telegramme.

Reichmann-Hollweg als Einziger der bürgerlichen Parteien.

Berlin, 29. November. (Privattelegramm.) Wie man sich in parlamentarischen Kreisen erzählt, wird der Reichstagskanzler Reichmann-Hollweg am letzten Sitzungstage der Session des Reichstags nochmals das Wort zur Worteröffnung nehmen. Man glaubt, daß er in der Worteröffnung die bürgerlichen Parteien zu beschuldigen, damit sie sich im Wahlkampf nicht so hart betätigen.

Tagung des erweiterten Vorstands der Deutschkonservativen Partei.

Berlin, 29. November. Der erweiterte Vorstand (50er Ausschuss) der Deutschkonservativen Partei tagte am Dienstag unter außerordentlich großer Beteiligung aus allen preussischen Provinzen und deutschen Bundesstaaten im Abgeordnetensaal zu Berlin. Die Verhandlungen waren vertraulicher Natur. Auf Antrag der Vertreter der drei größten sächsischen Bundesstaaten wurde zur Worteröffnung einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Der erweiterte Vorstand (50er Ausschuss) der Deutschkonservativen Partei in voller Umfassung des Reichstages und spricht der Reichstagsfraktion, insbesondere dem Fraktionsvorsitzenden Herrn v. Zedlitz, sein höchstes Vertrauen und seinen aufrichtigen Dank aus.“

Diese Vertrauensbekundung bedeutet eine scharfe Abfolge an den Reichstagskanzler und dürfte kaum geeignet sein, den vorhandenen Mißtrauen ihm und den Konservativen bählig zu verleiern.

Neue Truppen für Kauschau.

Berlin, 29. November. (Privattelegramm.) Die Reichstags-Telegraphenredaktion von maßgebender Stelle erklärt, werden neue Truppenüberstellungen am 30. November nach Kauschau gehen. Sie werden mit dem Dampfer Goeben von Hamburg aus befördert.

Ein royalistischer Zerwürf.

Paris, 29. November. Das Kriegsgericht beurteilte einen Kolonialoffizier, der den Ministerpräsidenten Galloux auf einem anonymen Postkarte mit dem Tode bedroht hatte, zu einem Lagerstrafe unter Zustimmung des bedingten Strafschusses. In dem Urteile des Angeklagten fand man Flugblätter der royalistischen Partei sowie ein Bild des Herzogs von Orleans, des royalistischen Thronprätendenten.

Zu Grens Rede.

Paris, 29. November. Dem Paris Journal zufolge hat sich ein der Regierung nachstehender hervorragender Politiker über den Inhalt der Rede Grens herangezogen. Grens Rede ist sehr freundschaftlich für Frankreich, ohne aggressiv für Deutschland zu sein. Sie wird eine Befestigung des Ministeriums Galloux zur Folge haben. Delcassé bereitete eine Rede vor, um es forderlichfalls Klärung über die Verträge von 1904 zu geben. Seine Rede werde denselben Erfolg haben wie die, die er in der Pulverbekannt gehalten hat.

Die chinesische Revolution.

Kanton, 29. November. Die Revolutionäre sind heute früh durch vier Tore in die Stadt eingedrungen.

Keine Ausperrung in der Berliner Metallindustrie.

Berlin, 29. November. (Privattelegramm.) Die gestern Nacht zum Abschluß gekommenen Einigungsverhandlungen enthalten insbesondere Zugeständnisse der Unternehmer an die Arbeiter. Damit ist die für morgen in Aussicht genommene Ausperrung der Metallarbeiter hinfällig geworden.

Polizeimaßnahmen gegen Streikende.

Ragdeburg, 29. November. (Privattelegramm.) Bei dem Streik der Mühlensarbeiter der Hildbrandsdorfer Mühle befohlte die Polizei, die mit einem starken Aufgebot erschienen war, die Streikleitung sowie circa 20 Streikende aus dem Betriebsgelände der Mühle heraus. Arbeitswillige sollen durch die Streikenden beschäftigt worden sein.

Erdröten.

Witten (Bürttemberg), 29. November. Nachdem in den letzten Tagen in der Bodenbewegung Ruhe eingekehrt war, erfolgte gestern Abend 6 Uhr 45 Minuten wiederum ein Erdstöß von ziemlicher Stärke. In den Häusern verspürte man ein merkliches Rucken. Viele Leute eilten bestürzt auf die Straße.

Schwerer Straßenbahnunfall.

Wien, 29. November. In der Nähe des National Theaters erfolgte gestern Abend ein Zusammenstoß zwischen zwei elektrischen Straßenbahnwagen. Hierbei wurden 27 Personen verletzt, davon zwei schwer.

Standrechtlich erschossen.

Konstantinopel, 29. November. Nach hier aus Tripolis eingetroffenen Meldungen haben die Italiener zwei gefangene türkische Offiziere unter der falschen Beschuldigung, die Pöbelregierung aufgewiegelt zu haben, standrechtlich erschossen.

Bei der Arbeit überfahren.

Paris, 29. November. Während des gestrigen Nächten Kobels überfuhr ein Zug der Paris Lyon Mittelmeerbahn bei Paris zwei mit der Verbesserung der Gleise beschäftigte Arbeiter, die beide auf der Stelle getötet wurden.

Das heutige Blatt umfaßt 16 Seiten.

Zwei öffentl. politische Versammlungen

Mittwoch den 29. November, abends 9 Uhr
im Kristallpalast, Schäferstraße 45

spricht Reichstags-Abgeordneter

Dr. Frank, Mannheim

über

Die Sozialdemokratie und die bevorstehenden Reichstags-Wahlen

Alle über 18 Jahre alten Personen haben Zutritt. — **Redefreiheit für jedermann!**

Freitag den 1. Dezember, abends 9 Uhr
in den Blumensälen, Blumenstraße

spricht Reichstags-Abgeordneter

Scheidemann, Berlin

über

Die Abrechnung des Volkes mit dem schwarzblauen Block.

Der Einberufer: Max Richter, Berliner Straße 11

Soziald. Verein Dresden-Altstadt.

Freitag den 1. Dezember 1911

fallen wegen der öffentlichen Versammlung in den Blumensälen alle Bezirksversammlungen aus.

Der Vorstand.

4. Kreis, Bezirk Weißig.

Sonntag den 3. Dezember 1911, nachmittags 3 Uhr

Öffentl. Frauen-Versammlung

im Weidelschen Gasthof in Weißig.

Tages-Ordnung:

Die Frauen und die Reichstagswahlen.

Referentin: Frau Linchen Baumann, Hamburg.

Freie Aussprache für jedermann.

Alle Personen über 18 Jahre haben zu dieser Versammlung Zutritt. Frauen und Männer! Am 12. Januar soll Abrechnung gehalten werden mit den Volksbebrüdern. Die Männer können es mit dem Stimmzettel tun; die Frauen, die leider kein Wahlrecht haben, können sich nur Vergeltung schaffen in Versammlungen durch lautes Protest gegen die Völlerei der Unterdrückung und Ausbeutung. Kom in die Versammlungen! Keine Arbeiterfrau, keine Arbeiterin darf fehlen! Öffentliche politische Versammlung. Einberufer: Paul Wilhelm, Weißig, Talstraße 15.

Rähnitz = Alokische und Umg.

Freitag den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lindengarten zu Rähnitz

Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

Die Frauen und die Reichstagswahlen.

Referentin: Frau Müllers, Halle.

Frauen, Mädchen und Männer! Sorgt für massenhaften Besuch dieser Versammlung.

Der Einberufer: Max Wehner, Willichdorf.

Trachau, Kaditz, Mickten u. Umgegend.

Frau Linchen Baumann, Hamburg

spricht Freitag den 1. Dezember, abends 9 Uhr, im Gasthof zum Goldenen Lamm, Trachau, Leipziger Straße, über das Thema:

Die Frauen und die Reichstagswahlen.

Danach freie Aussprache für jedermann.

Alle Personen über 18 Jahre haben zu dieser Versammlung Zutritt. Männer und Frauen obengenannter Vorstädte! Wenige Wochen noch trennen uns vom Tage der Abrechnung. Deshalb nutzt die kurze Zeit der Aufführung. Der 12. Januar 1912 soll Gerichtstag sein für die realen Parteien. Kom auf in die Versammlung!

Öffentliche politische Versammlung.

Einberufer: Rob. Beuthold, Perlestraße 7

Verlag Kaden & Comp., Dresden
Zwingerstrasse 12/14

Soeben erschien in unserem Verlage

eine Agitationsschrift für die Reichstagswahlen

Wahlkampf!

Die Sozialdemokratie und ihre Gegner
: Von Georg Gradnauer :

174 Seiten

Preis brosch. 2 Mark

Die Schrift enthält folgende Hauptabteilungen

1. Die nationale Entwicklung und das Rüstungswesen.
2. Schutzzoll und Freihandel.
3. Reichsfinanzen und Steuerpolitik.
4. Der Kampf um die Verfassung.
5. Die Lage der Arbeiterklasse und die Sozialreform.
6. Die wirtschaftliche Entwicklung und der Sozialismus.

Eine Agitationsschrift dieser Art ist zum Vorkaufspreis von 75 Pf. durch die Sozialdemokratischen Vereine zu beziehen.

4. Kreis.

Freitag abends 7 Uhr.
Wahlkomitee.

WOBSA

Bockbier-Ausshank

Montag bis Sonnabend

Fidele Bier-Musik

Restaur. Jagdhof

Naturheilvereine!

Donnerstag den 30. November, abends 8 1/2 Uhr
in Sammers Gasth. Kunsdurger Straße 7

Theaterabend z. Besten des Bundeskrankenhandels

Vom Operntheater d. Naturheilvereine Dresden-Altstadt kommt zur Aufführung

Almonrausch und Edelweiß.

Oberbaur. Volkstheater mit Orchester u. Tanz in 5 Aufzügen v. O. Reyer für Mitglieder u. deren Angehörige sind Eintrittskarten zu 1 Mk. nummerierter Platz, 50 Pf. unnummerierte Stubenreihe und 20 Pf. Platz im Marien-Café, Marienstraße 54, und abends an der Hofstraße 100 zu haben. Bei gutem Wetter wegen wird um zahlreiche Teilnehmer gebeten!

Bürgerschänke Zehl

Morgen Donnerstag von 5 1/2 Uhr an
Grosses Gänse-Essen
Große Portion mit Rotkraut und Kartoffeln 75 Pf.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Karl J. J. J. Dresden.
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Reinhold W. W. Dresden.
Druck und Verlag: Kaden & Comp., Dresden.

Mr. 27
Ar
S
er
Ruhig
Leiden die W
leiblich gut b
zum ersten W
Erlebnisse sah
sie sich etwas
Der M
sonderer E
des B
doch nicht W
sich auch bei
ständigen Bed
gabe der Ausg
Dann sprach
berührte dab
wendung der
Vorgänger, f
äußerst gelbe
Forderungen
Unordnung i
pathetisch: S
in allen Leb
Damit fand
Man solle ja
weitere Belas
sei ja auch v
die bewährte
weiter zu v
auf Kosten
gegeben w
büchener We
schaft gelpart
Der F
den Reich
und gänzlich
sein. Das
solte es wo
wieder auf d
gewachsen
auf das An
hielt er es f
Reichsfinanz
beweglichen
Steuern für
in keiner W
werden. D
das alte Ele
das er hat
dem Reiche
den Fortschri
Der A
Müger, dann
andienung.
die Entwickl
Geladen he
mehel, die V
Seite erwar
Wang der G
füchten, wen
vorgänge. Di
leistungsfähig
berbestandes
steuer und a
für den Wi
Zubuch den
hat er offen
besonderer W
Für die
mit demselbe
Opf um die
die alsbaldig
würde sich
zur Beamte
Kontrollen an
überden da
seiner Vorger
Kaufse jurist
Sozialdemokr
rate ausgegl
liberalen wolk
aber die disp
Anständen h
entschiedenen
sei, und von
Matrikularbei
besondere rid
schulgeiz un
sollen.
Gleiche
träge mit zur
die den Weg
Verpflichtung
Anträge begr
der Regierung
kate, daß n
konst der St
zahler verlor
logialdemokra
politik und
Landwirtschaft
Eloas fürbe
haben wolle

Arbeiter! Vergesst die ausgesperrten Tabakarbeiter nicht!

Sächliche Angelegenheiten.

Staatsberatung in der Zweiten Kammer.

Strohig und monoton, ohne eine Spur von Lebhaftigkeit, liefen die Verhandlungen über den Etat ein. Das Haus war leidend gut besetzt, als der neue Finanzminister v. Seydewitz zum ersten Male die Staatsrede begann. Dagegen waren die Tribünen fast leer. Erst im Laufe der Mittagsstunden füllten sie sich etwas und waren schließlich auch stark besetzt.

Der Rede des Finanzministers lag niemand mit besonderer Spannung entgegen. Man kennt den neuen Leiter des Finanzministeriums ja schon seit vielen Jahren und wagt, das nichts Besonderes von ihm zu erwarten war. Das zeigte sich auch bei seiner in einträglichem Tonfall vorgetragenen zweistündigen Rede, die in ihrem ersten Teil eine eingehende Wiederholung der Ausgaben des Staates nach dem vorliegenden Etat brachte. Dann wendete er von Vereinfachungen in der Staatsverwaltung, berührte dabei aber auch nur Kleinigkeiten, wie größere Verwendung der Stenographie und Schreibmaschinen. Wie sein Vorgänger, so versuchte auch Herr v. Seydewitz den Etat als äußerst gespart zu kennzeichnen; er warnte vor weiteren Forderungen an den Etat, wodurch die Finanzen leicht in Unordnung kommen könnten, und erklärte schließlich etwas pathetisch: Säten wir uns, ein Geldloch heranzuziehen, das in allen Lebenslagen immer nach der Hilfe des Staates ruft. Damit land er zum ersten Male den Verfall der Konserverativen. Man solle ja auch nicht denken, der Etat verträge noch eine weitere Belastung. Da mache die Regierung nicht mit; er sei ja auch vom König daraufhin in Pflicht genommen worden, die bewährten Grundsätze der Finanzpolitik seines Vorgängers weiter zu verfolgen. Danach soll also die alte Sparpolitik auf Kosten der Kulturausgaben weitergehen. Indes mag zugegeben werden, daß man im neuen Etat nicht in so halbherziger Weise die wichtigsten Aufgaben der Kunst und Wissenschaft gespart hat, wie es in früheren Jahren der Fall war.

Der Finanzminister beschäftigte sich auch eingehend mit dem Reichsfinanzen, von denen er sagte, daß sie neu und günstig durch die Finanzreform von 1909 saniert worden seien. Das gestel den Konserverativen ausgezeichnet, und das sollte es wohl auch. Doch mußte der Finanzminister bald wieder auf die großen und in letzter Zeit noch wesentlich angewachsenen Opfer der Bundesstaaten für das Reich, vor allem auf das Ansehen der Reichsbeiträge hinweisen. Dann hielt er es für angebracht, einer etwaigen neuen vernünftigen Reichsfinanzreform möglichst vorzubauen, denn er warnte in bewährten Worten vor einer Ausbarmung der direkten Steuern für das Reich. Besonders die Vermögenssteuer dürfe in seiner Weise von der Reichsstaatskasse in Anspruch genommen werden. Damit lang der neue Herr im Finanzministerium das alte Lied, das König so vielfach angeklungen hat, ohne daß er hat verhindern können, daß die Einkommensteuer doch vom Reich befragt werden soll. Auch Herr v. Seydewitz wird den Fortschritt nicht aufhalten können.

Der Konserverative Oplz lobte zuerst den gegangenen Reger, dann gab er einen Auschnitt der konservativen Weltanschauung. Er sprach von dem Industrialismus, der zwar die Entwicklung Sachdienlich günstig beeinflusst, aber auch schwere Gefahren hervorgerufen habe, indem er die Besitzlosen vermehre, die Besitzenden aber vermindere habe. Auf bestimmter Seite erwarte man von der weiteren Entwicklung eine Auslösung der Gesellschaft. Das wäre aber nur dann zu befürchten, wenn man dagegen nicht mit den geeigneten Mitteln vorgehe. Diese Mittel seien aber in der Erhaltung einer leistungsfähigen Landwirtschaft und eines leistungsfähigen Gewerbestandes. Mit anderen Worten heißt das: Sozialpolitik, Umverteilung und andere reaktionäre und gemein schädliche Mittel. Für den Mittelstand. Wenn Herr Oplz noch immer glaubt, daß der Sozialismus in seinem Lauf aufhalten zu können, so ist er offenbar die Entwicklung der letzten Jahre nicht mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt.

Für die Nationalliberalen sprach Bettner, der sich mit demselben Eifer um die Kunst der Beamten bemühte, wie Oplz um die Hüfster und Agrarier. Er empfahl dringend die absolute Verzichtnahme der Beamtenpetition und beschränkte sich lebhaft darüber, daß man in Regierungskreisen nur Beamte mit konservativer Gesinnung als ausreichend ansehe. Derselbe Bettner stimmte bewegliche Rede über den Staat an, daß ein Staatsbeamter auf Anraten seines Vorgesetzten die Interaktion von einem nationalliberalen Kultur zurückgezogen habe, der es in Ordnung findet, daß Sozialdemokraten selbst von einer Vertretung in einem Stadtrat ausgeschlossen bleiben müßten. Die Herren Nationalliberalen wollen eben nur für sich Gleichberechtigung, halten aber die ärgste Einseitigkeit gegen Sozialdemokraten unter Umständen für berechtigt. Dann sprach der Redner von einer entscheidenden Zeitpolitik, die im Interesse der Industrie nötig sei, und von einer Reihe anderer Fragen, wie Eisenbahnen, Matrifularbeiträge, Wegbau- und Volksschulfragen. Insbesondere richtete er an die Regierung die Frage, wann Volksschulgesetz und Gemeindesteuereform dem Landtage zugehen sollten.

Gleichzeitig mit dem Etat stand auch eine Anzahl Anträge mit zur Beratung, darunter auch zwei sozialdemokratische, die den Verfall der untersten Einkommensteuerebenen und die Herabsetzung der indirekten Steuern forderten. Diese beiden Anträge begründete Genosse Fleißner, der dabei auch mit der Regierung scharf abredete, die es für erforderlich erklärt hätte, daß mit dem Verfall der untersten Steuerebenen und somit der Steuerpflicht auch das Wahlrecht für diese Steuerzahler verloren gehen müsse. Sodann polemisierte der sozialdemokratische Redner gegen die Oplz'sche Mittelstands- politik und seine Konsumverweigerer, wobei er ihm die landwirtschaftlichen Genossenschaften vorhielt, die auch der Staat fördere, während man die Arbeiterkonsumvereine bekämpfen wolle.

In dem Etat übergehend, kritisiert der Redner scharf die bisherige Sparpolitik Mägers, die auf Kosten der kulturellen Entwicklung erfolgt sei, und befaßt sich dann in wirkungsvollen Ausführungen mit einigen besonderen Fragen des Staatshaushalts. Schließlich geißelt er das Verhalten der Regierung in der Frage der Volksschulreform und die Polizeipraktiken, die noch immer im Zeichen der Radikalität stünden, und die Justiz im Massenstaate, die er durch einige frasse Beispiele beleuchtete. Schließlich kennzeichnet der Redner die reaktionäre Politik der sächsischen Regierung unter Anführung charakteristischer Beispiele und schloß mit einer scharfen Kritik dieser sächsischen Reaktion unter dem Verfall der sozialdemokratischen Vertreter.

Vor leeren Bänken, die freilich zum Teil auch während der sonstigen Verhandlungen stark gelichtet waren, verzapfte schließlich noch der Chemnitzer Pädagogikermeister Dien er einige mittelständische Weisheiten. Dann wurden die Verhandlungen abgebrochen, um sie heute wieder mit frischen Kräften aufzunehmen.

Ein unerhört hartes Urteil gegen organisierte Arbeiter

Alle die bekannte Grüner-Kammer des Chemnitzer Schöffengerichts. Ein Zimmerermeisterbesitzer und zwei Zimmerer waren beschuldigt, die unorganisierten Zimmerer Kiefer und Jahn auf dem Sportplatz in Stadteil Altdorf beleidigt und zu nötigen versucht zu haben. Bei der Verstellung der Ausstellung Haus und Hof auf dem Gelände des Sportplatzes waren etwa 50 Zimmerer beschäftigt. Darunter befanden sich auch die Beschuldigten und die Zimmerer Kiefer und Jahn. Bis auf die letzten beiden waren alle organisiert. Die Beschuldigten hatten sich nun an die beiden Unorganisierten gewendet, und da war es zu Reibungen gekommen, die dazu führten, daß die Direktion die Entlassung der zwei Unorganisierten veranlaßte. Von Radegeßel befehl, hatte dann Kiefer, der früher dem Zimmererverband angehört hatte, der aber ausgeschlossen und dessen Wiedereinnahme verweigert worden war, seinem Arbeitgeber die Mitteilung gemacht, daß sie — Kiefer und Jahn — von den drei Beschuldigten schwarze Lumpen, schwarze Schuweine und schwarze Kabetten geklopft worden seien und daß ihn — Kiefer — der eine angefaßt habe. Die Beschuldigten bestritten, irgend welche Schimpftreben gebraucht zu haben, sie hätten nur von den „Schwarzen“ gesprochen und sich geweigert, mit ihnen zu arbeiten und hätten selbst die Arbeit niederlegen wollen; geschimpft hätte Kiefer, als sie ihn wegen der Verbandsangehörigkeit fragten. Kiefer bestritt die Anklage, die allerdings auf seiner früher getanen Anklage beruhte. Auch im Gerichtsverlauf trat er gefällig auf; keine Angaben machten einen höchst unglaublichen Eindruck und wurden nicht einmal von seinem Mitarbeiter Jahn gestützt. Trotzdem erachtete nicht nur der Amtsanwalt, sondern auch das Gericht alles für erwiesen, was dieser Kiefer gesagt, und dann kam das harte Urteil. Zwei der Beschuldigten wurden zu je zwei Monaten Gefängnis und einer zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Christliche Schmorren.

Mit einem Vettelbriefe überschwemmen einige Leute, die sich „Ausdruck zur Förderung der Wiederwahl des Reichstagsabgeordneten Behrens“ nennen, ganz Sachsen, obwohl der Herr in einem Koblenzer Kreise zur Wahl steht. Namentlich in jenen Gegenden, wo man annimmt, daß Behrens weniger bekannt ist, legt man die Saugnapfe an. Um Dumme zu fangen, sieht man sich damit, daß Behrens Gärtner sei und man wendet sich in seiner Not an alle, die nur entfernt mit Gärtnerei etwas zu tun haben. Nach dem Vettelbrief gibt es keinen zweiten, der dem christlichen Prototypen auch nur annähernd das Wasser reichen kann. Er ist schillerer Gärtner, der die Wünsche und Nöden der Gärtner nicht nur genau kennt, sondern auch den ersten Willen, die notwendigen Befähigung und genügend Einfluß besitzt, die Interessen der Gärtner im Reichstag erfolgreich zu vertreten. Behrens ist ein Mannchen, von dem ganz offen das Wohl und Wehe aller Gärtner abhängt. Deshalb würde es für die Gärtner außerordentlich nachteilig sein, wenn Herr Behrens nicht wieder gewählt würde. Aber es fehlt dem Herrn Behrens und seinem Anhang an den nötigen Woneten und sie wenden sich dreist und gottesfürchtig an die Gärtnerschaft, undschadet ihrer Parteingebörigkeit.

Fürwahr, die Dreistigkeit dieser Art von Politikern ist nicht zu gering.

Mit dem Kommunalsonst in Rausch

befüllte sich der dortige Stadtdemokrat in geheimer Sitzung. Vor allem stand die Wandratsniederlegung von fünf Stadtdemokraten zur Beratung, die erfolgt war, weil der Bürgermeister eine Gehaltszulage bekommen hatte. Der Stadtdemokrat war in seiner Wehrheit mit dem Stadtdemokrat Stadtdemokrat von ihrem Amt einverstanden. Die sich nötig machende Ergänzungswahl soll bald nach der bereits angelegten Stadtdemokratenwahl stattfinden. Bei diesen Wahlen wird der Bürgermeistergehalt das Feldgeld sein. Wir möchten den Rausch der Stadtdemokrat während dieses Kampfes spießbürgerlicher Geister um sein Amt beneiden!

Döbeln. Ueber den Ausgang der Stadtdemokratenwahlen, die auch für unsere Genossen Erfolge brachten, wird in der bürgerlichen Presse folgendes über einen angeblich sonderbaren Verlauf berichtet: „Dem Hausbesitzerverein, Städtischen Verein und Gewerbeverein war eine gemeinsame Liste aufgestellt worden, die acht Anstößige und einen Unanständigen aufwies. In den Kreisen der Unanständigen und Festbefohlenen war man mit dieser Liste unzufrieden und schloß sich weitere Vorschläge von Unanständigen. Gescheit wurden aber nicht nur acht, sondern neun Hausbesitzer, darunter ein Sozialdemokrat. Da mindestens ein Unanständiger zu wählen war, muß ein Hausbesitzer zurücktreten. Die nächstmeisten Stimmen erhielt der sozialdemokratische

Konsumverein-Geschäftsführer Walta, der auf diese Weise als fünfter Sozialdemokrat ins Stadtdemokraten-Kollegium kommt, während die bürgerlichen Unanständigen ihre Kraft zerplitterten: Von 1800 Stimmberechtigten beteiligten sich 1399, davon erhielt der sozialdemokratische Kandidat und Hausbesitzer Bieweg mit bürgerlicher Hilfe 778. Somit sind also zwei Sozialdemokraten neu in das Döbelner Stadtparlament gewählt worden.

Planen. Als Maßnahme gegen die herrschende Lebensmittellieferung hat die Stadtgemeinde 20 000 M. zum Ankauf von 5000 Zentnern Kartoffeln zur Verfügung gestellt. Weiter wird an die verarbeiteten sächsischen Beamten und Angestellten mit einem Dienstverdienst von höchstens 1800 M., die Kinder zu ernähren haben, für je ein Kind ein einmaliger Zulatz von 25 M. gewährt. 145 Beamte mit 298 Kindern kommen dabei in Frage.

Grimma. Die sächsischen Kollegien beschloßen, vorläufig 1000 M. zum Ankauf von Kartoffeln zu bewilligen, die an die Einwohner abgegeben werden sollen, deren Einkommen 1250 M. nicht übersteigt. Die Kartoffeln, die von heimischen Gärtnern und Produzenten bezogen werden, sollen unter dem Einkaufspreis abgegeben werden, und zwar der Zentner um 50 Pf. billiger. Die Differenz trägt die Stadtkasse. Um den ärmeren Leuten den Bezug zu erleichtern, sollen die Kartoffeln nicht zentnerweise, sondern nach Bedarf abgegeben werden.

Wittweida. Bei der Stadtdemokratenwahl wurde neben acht bürgerlichen Kandidaten auch ein Genosse gewählt. Rummel befanden sich sechs Sozialdemokraten im Wittweidaer Stadtdemokratenkollegium.

Breitberg. Der Postassistent Goltsche aus Oberthaus wurde vom Schworenengericht zu 4 Jahren 8 Monaten Zuchthaus und 6 Jahren Ehrenrechtsverlust wegen Unterschlagung im Dienste verurteilt. Goltsche trat mit den unterschlagenen 70 000 M. eine Reise nach Rußland, Südamerika, England usw. an, und wurde Anfang dieses Jahres in Romako verhaftet, wo er noch 18 000 M. bei sich hatte. Goltsche will in krankhaftem Zustande gehandelt haben.

Ramenz. Bei den Stadtdemokratenwahlen wurden 5 bürgerliche Kandidaten und 1 Sozialdemokrat gewählt. Daburh hat sich die sozialdemokratische Vertretung von 2 auf 3 Mann erhöht.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Ein unbekannter Mannlicher Reihmann wurde am Sonntag im Pittauer Busch getötet. Der Tote dürfte etwa acht Tage im Wasser gelegen haben. Er ist 1,65 Meter groß und etwa 35 bis 40 Jahre alt. — Der Arbeiter Pieger hat vor längerer Zeit im Zuchthaus während der Verbüßung einer Strafe das Geständnis abgelegt, den im Jahre 1907 im Chemnitzer Feisigwald verübten Lustmord an dem noch nicht schulpflichtigen Mädchen Sonnta, verübt zu haben. Später widerrief Pieger das Geständnis. Neuerdings hat er nun den Aufwands nachmals eingestanden und seine Täterrolle durch verschiedene Angaben glaubhaft gemacht. Demzufolge ist, wie das Tageblatt berichtet, gegen Pieger das Hauptverfahren wegen Mordes eingeleitet worden. Er wird, da er bei Erhebung der Tat erst 16 bis 17 Jahre alt war, vor den Jugendgerichtshof gestellt.

Verichtigung. Der vom Amtsgericht Jwaikau verurteilte Rautehelfer Schmitt stammt nicht aus Schwarzenberg, wie gestern irrtümlich berichtet wurde, sondern aus Schwarzenberg.

Stadtdemokrat.

Ein neues Amtsblatt.

Unter dieser Ueberschrift brachten wir in der Nr. 149 der Dresdner Volkszeitung einen Artikel, der auszugweise ein Urteil des Leipziger Landgerichts in einer Streitfrage des freisinnigen Dschager Tagesblattes mit dem konservativen Amtsblatt, dem Dschager Gemeinnützigen, wiedergab. Nach dem Urteile wurde vor Gericht folgendes festgestellt: Am 11. September 1910 erschien im Dschager Tageblatt ein Inserat der Kaffee-Handels-Gesellschaft in Bremen, dessen Inhalt sich gegen eine Dschager Firma richtete. Der Dschager Gemeinnützige schrieb darauf an die Bremer Firma und bat um Zulassung des gleichen Inserats, worauf die Bremer R.-V.-A. auch dieser Bitte entsprach und das Inserat bei dem Gemeinnützigen ausgab. Der Gemeinnützige teilte nun der Dschager Firma mit, daß auch er denselben Inseratenauftrag habe wie das Tagesblatt. Gegen Ertrag der Inseratskosten und das Versprechen der Dschager Firma, ihn ferner mit Inseratenaufträgen zu unterstützen, sei er (der Gemeinnützige) aber bereit, das Inserat der Bremer Firma abzulehnen. Dabel verschwie er natürlich, daß er vorher um Zulassung des Inserats gebeten hatte. Das Gericht urteilte über diese Handlungsweise — nachdem es einen Verstoß gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb verneint hatte — wörtlich wie folgt: „Von einer höheren sittlichen Werte betrachtet, stellt sich freilich die Annahme von sekundären Vorteilen für die Zulassung des Bremer Inserats als nicht einwandfrei dar. Ja, daß der Beklagte sich selbst erst um das Inserat der Bremer Firma beworben hatte und daß er diesen Umstand der Dschager Firma verschwie, läßt seine Handlungsweise als eine dem sittlichen Empfinden eines jeden anständigen Menschen widersprechende erscheinen.“ An dieses Urteil fügten wir die Bemerkung: „Und das wird gesagt von einem Amtsblatt, das im Kampfe gegen die Sozialdemokratie für Religion, Sittlichkeit und Ordnung eintritt. Fürwahr, eine saubere Geschäftspraxis!“

Dem Verleger dieses also charakteristischsten Amtsblattes, Buchdruckermeister Karl Morgner in Dschag, war die Veröffentlichung dieses Urteils und die daran geknüpfte Kritik, sowie die Ueberschrift natürlich sehr unangenehm, und wenn er diese unangenehmen Feststellungen auch nicht aus der Welt schaffen konnte, versuchte er wenigstens eine Bestrafung unseres damaligen Verantwortlichen, Genossen Sachs, zu erreichen.

Er verweigerte S. wegen öffentlicher Beleidigung, die er nicht allein in der Kritik seines Verhaltens, sondern sogar in der Wiedergabe des Urteils erblickte. Wir traten in der Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht für die von uns in dem Artikel behaupteten Tatsachen den Wahrheitsbeweis an, indem wir uns auf das angezogene Urteil des Leipziger Landgerichts bezogen. Das Schöffengericht stellte sich auf den gleichen Standpunkt wie das Leipziger Landgericht und es hielt unsere Kritik für voll berechtigt. Es erkannte deshalb auf Freisprechung. Herr Morgner konnte sich bei diesem Resultat nicht beruhigen und er legte gegen das erstinstanzliche Urteil Berufung ein. Auch vor dem Landgericht sollte Herr M. kein Glück, denn die Berufung wurde verworfen. Die 6. Strafkammer begründete das Urteil etwa wie folgt: Die in dem Bericht behaupteten Tatsachen sind wahr; sie sind auch geeignet, den Privatkläger verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Das sei auch dem unbekanntem Verfasser des Berichts bewusst gewesen. Die Behauptung und Verbreitung jener Tatsachen erfülle aber, weil die Tatsachen wahr sind, nicht den Tatbestand des § 186 des Strafgesetzbuchs und wäre nur dann nach § 185 zu bestrafen, wenn aus der Form oder den Umständen die Beleidigungsabsicht hervorginge. Das sei hinsichtlich der behaupteten ergründeten Tatsachen nicht der Fall, denn der Artikel berichte nur über öffentlich vor Gericht behandelte Vorgänge und gebe teilweise den Inhalt eines gerichtlichen Urteils wörtlich wieder. Die Heberschrift und der Schlußsatz sind wegen der ironischen Form usw. an sich geeignet, den Eindruck der Mißachtung zu erzeugen und den Privatkläger zu beleidigen. Aber die geliebte Kritik ist an sich nicht rechtswidrig. Das Verhalten des genannten Verfassers ist auch nach Ansicht des Berufungsgerichts nicht einwandfrei, vielmehr als den guten Sitten und dem Anstand im geschäftlichen Verkehre widerstrebend streng zu beurteilen.

Jetzt hat das Amtsblatt von drei Gerichten unsere Auffassung bestätigt. Genügt das nun?

Sinnglied von unverschämtester Demagogie und Verlogenheit

In dieser Lage von den rechtsstehenden Parteien für die Wahl des konservativen Obermeisters Weglich im 4. Kreise vorbereitet worden. Den Konservativen brennt der Verrat und die Unterdrückung der Volkinteressen hart auf den Nägeln, und darum greift man zu den erblühten Mitteln, um möglichst et was von der schwachen Position zu retten. Wir leben in einer teuren Zeit, mit dünnen Fingern klopft die Not an die Türen unserer fleißigen Landwirte, so beginnt der Sermon, und wer ist daran schuld? Die Sozialdemokratie, weil sie das Volk über die Ursachen und über die Wirkung der Missetaten täuscht, d. h. der Satz: die Schuld hängt und für die Ursachen der Teuerung unsere soziale Wirtschaftspolitik verantwortlich macht. Das ist den Herrern von der Partei der „wahren Patrioten“ unangenehm, und darum wird gelehrt, daß man das Stück Papier behauert, das alle diese Unwahrheiten auf sich drücken lassen muß.

Wir wollen es uns verlagern, an dieser Stelle nochmals ausführlich auf die verabschiedeten Tiraden der Konservativen über das System der Einfuhrzölle einzugehen. Nach ihnen haben wir der Handel, die Juden Vorteil davon. Auch auf das Gerede von dem „Ueberfluß an Getreide, an Fleisch und anderem mehr“, von dem das Flugblatt feststellt, wollen wir jetzt nicht antworten. Es ist schon oft von dieser Stelle davon geschrieben worden und während der Wahlbewegung wird sich Gelegenheit finden, die Äußerungen der „wahren Patrioten“ auf das richtige Maß zurückzuführen. Nur eins noch. In dem Flugblatt wird behauptet,

„daß die Wirtschaftspolitik, gegen die die Sozialdemokratie kämpft, den hohen Ausschlag des Deutschen Reiches erst möglich gemacht hat. Sie allein hat die Möglichkeit geboten, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland geringer ist, als in allen Industriestaaten, daß die Arbeitslöhne aber schneller gestiegen sind, als irgendwo. In 22 Jahren sind die Bergarbeiterlöhne gerade verdoppelt worden, sind die Löhne der Maurer um 60 Prozent, die Löhne in der Metallindustrie um über 50 Prozent gestiegen und deshalb drängen auch die Ausländer herein ins Deutsche Reich.“

Wir wollen gar nicht bestreiten, daß das Deutsche Reich einen hohen industriellen Aufschwung genommen hat. Wir behaupten aber, daß dieser Aufschwung noch bedeutend größer und dem Deutschen Reich in internationaler Vergleichung dienlicher gewesen wäre, wenn diese Wirtschaftspolitik nicht bestände, durch die nur erreicht worden ist, daß auch die anderen Länder sich durch Zollmanern abriegeln und ihre Waren und Produkte zu möglichst hohen Preisen an Deutschland verkaufen. Diese vorzügliche Wirtschaftspolitik hat aber auch weiter zur Folge gehabt, daß sie einigen wenigen „unter der Not leidenden“ Großgrundbesitzern — den Freunden der Konservativen — ungeheure Bereicherung brachte, während das Volk die Begehe zahlen mußte. Auch das Gerede von den gestiegenen Arbeiterlöhnen ist in dieser Form eitel Klumperei. Zunächst einmal die Feststellung, daß in dem letzten Jahre die Bergarbeiterlöhne gegenüber den Jahren 1907/08 abfallsam gefallen sind, sogar um eine ganz erhebliche Summe. Wenn aber auf der andern Seite die Tätigkeit der Gewerkschaften erreicht hat, daß die Löhne in den verschiedenen Berufen gestiegen sind, so war dies nur unumgänglich notwendig, um die durch die Wirtschaftspolitik bedingte Lebensmittelfeuerung auszugleichen, um die Lage der Arbeiter nicht zu verschlechtern gegenüber früher. Daran haben aber die Konservativen nicht das geringste Verdienst. Im Gegenteil: sie haben immer geholfen, daß die Lebensmittel der breiten Masse des Volkes verteuert wurden und haben Ausnahmegesetze gewirkt, um die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit der Arbeiter tadeln zu lassen. Und die Ausländer wurden ins Deutsche Reich „gedrängt“, damit sie billige und willige Arbeitskräfte für Kraut- und Schrotmüller abgaben, um die Löhne der deutschen Arbeiter zu drücken. Darum sagen wir mit dem Flugblatt: Der Wahlsieg soll Samstagabend nicht nur in unsere feste Überzeugung, daß die Forderungen der Konservativen, ihr Bauernland, zu erhalten werden und daß das Volk doch mehr hält von der Sozialdemokratie als von solchen „Vertretern deutscher Arbeit“, wie den — Konservativen!

Vollständig unterdrückter Jugendfang?

Ein eigenartiges Verfahren wenden die Leiter der christlichen Jünglingsvereine — und vielleicht auch der Jungfrauenvereine — an, um in dem „Lindenbühl“ Dresdener Mitglieder zu bekommen. Wechselt ein junger Mann die Wohnung oder zieht von außerhalb in Dresden zu, so erscheint an einem der nächsten Sonntage bei ihm eine junge Person, stellt sich als Agitator des Jünglingsvereins vor und drückt ihm einen Zettel in die Hand, in dem auf der einen Seite die Schleichheit der Großstadt, die falsche „Jagd nach dem Glück“ geschildert wird und auf der andern Seite, um all den Fährnissen zu entgehen, um wahre Freunde zu finden, die Vorbereitung der Jünglingsvereine erfolgt.

Die Jünglingsvereine wissen schließlich selbst wissen, ob diese widerlich-frömmelnde Art der rechte Weg ist, junge Leute für ihre Verdummungsanstalten zu bekommen. Uns interessiert nur, wie kommen die Jünglingsvereine in den Besitz der Adressen der nach Dresden zuziehenden jugendlichen Personen? Uns wird dazu von beteiligter Seite mitgeteilt, daß die Polizeibehörde diese Adressen den Jünglingsvereinen zur Verfügung stellt. Ein sich in Weichen auf „Agitation“ befindlicher Jünglingsvereiner hat sich in dieser Weise, als er an die falsche Schmiede gekommen war, geäußert.

Wir können an dieses Hand-in-Hand-Arbeiten von Polizeibehörde und Jünglingsvereinen vorläufig noch nicht glauben, veröffentlicht aber die uns mitgeteilten Tatsachen, um eventuell von der zuständigen Stelle Aufklärung zu erhalten.

Armenrecht und Verjährungsfrist.

Häufig werden in erster Instanz erwiderte Prozesse deshalb nicht weiter geführt, weil die Parteien die Kosten scheuen oder nicht besitzen, die die Einlegung eines Rechtsmittels erfordert. Unmittelbar müssen dann erst um Bewilligung des Armenrechts nachsuchen, um weiter prozessieren zu können. Dadurch vergeht Zeit, deren Ablauf für die Verjährungsfrist bedenklich ist, vor allem für die dreijährige Frist, in der ein nicht betriebener Prozeß verjährt. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts hat jedoch das Gesuch um Bewilligung des Armenrechtes die Wirkung, daß dadurch die Verjährung unterbrochen wird, denn ein solches Gesuch habe als letzte Prozeßhandlung der Partei und die Bewilligung als letzter Akt des Gerichts im Sinne von § 211 Abs. 2 V. G. B. zu gelten. Diese Entscheidung ist ergangen in einem Rechtsstreit, den ein Kaufmann gegen einen Gußbesitzer angestrengt hatte. Dem Kläger war am 1. Mai 1908, etwa 4 1/2 Uhr abends, in einem Wagen des Juges Leipzig-Bitterfeld eine etwa 12 Zentimeter hohe Zinnblechtrömmel auf den Kopf gefallen, die der Beklagte in das Geschäft über ihn gelegt hatte. Auf die am 30. Juni 1908 zugestellte Klage hin hatte das Landgericht Leipzig den Beklagten zum Schadenersatz verurteilt. In dem Berufungsstermin am 24. Februar 1909 war keine der Parteien erschienen. Erst nachdem dem Kläger im Januar 1909 das Armenrecht für die Berufungsinstanz erteilt war, wurde der Prozeß weiter betrieben, der im Dezember 1908 gleichfalls mit der Verurteilung des Beklagten endete. Das Berufungsgericht hatte bei seiner Entscheidung vor allem die Einrede des Beklagten zurückgewiesen, es liege Verjährung vor. Mit der übereinstimmenden Meinung der Kommentatoren, so erklärte das Berufungsgericht, müsse das Gesuch um Bewilligung des Armenrechtes als letzte Prozeßhandlung der Parteien und der Beschluß des Berufungsinstanz um Gewährung desselben als letzter Akt des Gerichts angesehen werden, durch den die Verjährung unterbrochen sei und von welchem Zeitpunkt an eine neue Verjährungsfrist in Umlauf gesetzt worden sei. Es sei deshalb unerheblich, daß vom Januar 1906 bis Dezember 1908 keine weiteren Parteiverhandlungen vorgenommen worden seien. Die dreijährige Verjährungsfrist sei damals noch nicht abgelaufen gewesen. Auch das Reichsgericht bekennt sich zu dem vom Berufungsrichter angenommenen Standpunkt, daß die Verjährung durch das Gesuch und den Beschluß über Bewilligung des Armenrechtes nach § 211 des V. G. B. unterbrochen worden sei.

Ortskrankenkasse Dresden.

Der Mitgliederbestand bezifferte sich Ende des Monats Oktober auf 132 737, und zwar 76 068 männliche und 56 674 weibliche Versicherte. Anmeldungen erfolgten 26 284, unter denen sich 3445 lediglich für die Invalidenversicherung befanden, Anmeldungen 23 525, darunter 2707 für die Invalidenversicherung. Schriftliche Eingänge sind 3709 zu verzeichnen gewesen, und waren hiernach täglich 148 zu bearbeiten. Bezahlt wurden: Krankengeld an Mitglieder 94 487 M., Familienunterstützung (für in Heilanstalten untergebrachte Mitglieder) 4306 M., Wöchnerinnenunterstützung 8286 M., und Sterbegelder 4667 M. In den Genußgesellschaften der Kasse fanden 183 Pfleglinge bis zu 3 Wochen Aufnahme, während 147 Mitglieder noch zusammen 4373 Verpflegtagen die Anstalt vertiechen. Von diesen Genesenden sind vollständig erwerbsfähig 197 und gebessert 10 entlassen worden. Die Zahl der beitragszahlenden Arbeitgeber betrug am Monatschluß 25 206, und zwar 18 279 für die Kranken- und Invalidenversicherung und 11 927 lediglich für die Invalidenversicherung. An Beiträgen für die Krankenversicherung sind 848 400 M. und für die Invalidenversicherung 152 823 M. zu vereinnahmen sowie für 157 440 M. Beitragsmarken anzulassen gewesen. Die Zahl der versicherungspflichtigen Personen für die letztere Versicherung betrug 140 820, und zwar 76 127 männliche und 64 693 weibliche. In 194 Fällen waren Mitglieder wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften für erwerbsunfähige Kranke mit Ordnungsstrafen zu belegen.

Sitzung der Stadtratskommission am 30. November, abends 7 Uhr. Tagesordnung: Antrag Hoffmann und Genossen, den Rat zu ersuchen, bei unwesentlichen Abänderungen des Bauungsplans diese Abänderungen in allen Fällen neben ihrer bisherigen Veröffentlichung im Dresdner Anzeiger den beteiligten Grundstücksbesitzern noch schriftlich bekanntzugeben. Antrag Kohlmann, den Rat zu ersuchen, den wegen der Internationalen Hygieneausstellung geschlossenen Durchgang von der Johann-Georgen-Allee nach der Hauptallee des Großen Gartens sobald als möglich wieder zu öffnen. Bau von Häusern mit Kleinwohnungen auf dem Flurstück 160 c an der Bünausstraße in Vorstadt Lößnitz. Schreiben des Rats, betreffend den Antrag der Stadtratskommission auf Herabsetzung der durchschnittlichen täglichen Dienstdauer der Schaffner und Führer der Städtischen Straßenbahn. Gesuch der Streckenwärter an der Städtischen Straßenbahn um Verbesserung ihrer Lohn- und Dienstverhältnisse. Bewilligung von Mitteln zum Betrieb der beiden Dresdner Fährergerüste für Lungentränke an den Freien Ausschüß zur Bekämpfung der Schwindsucht in Dresden. Aenderung des zweiten Absatzes von § 8 des Orts-

gesetzes über die Entlohnung der Grundstücke, der die Bestand hat. Verringerung der Zahl der Gemeindevorsteher und ihrer Ersatzmänner. — Scheinige Sitzung.

Victoria-Salon. Nächsten Donnerstag ist das Abschiedsgastspiel der Künstler. Freitag den 1. Dezember findet die Premiere des neuen Programms statt, an dessen Spitze das Rollen-Revue aufwarten wird, in der er die Hauptrolle spielt, vorstellen. Außer dem Rollen-Revue wird ein Teil neuer original holländischer Gesänge und Volkstänze, Entwürfe Verwandlungs-Soubrette Fr. Gertr. Amstutz; ein Trauerspiel Constantos (Dane und Herr); der Charakter-Revue des Beders und der Kinematograph. — Im Tunnel bleibt auch für Monat Dezember das Künstler-Ensemble Moris, in das beginnen wochentags 7,8 Uhr, Sonntags um 6 Uhr, und sind entreefrei.

Vom Verlag der Dresdner Rundschau wird uns geschrieben: „Unser Bezugnahme auf die in Nummer 274 erschienenen Ergebnisse mit, daß wir unsern verantwortlichen Redakteur Herrn Hans Schwarzberger bereits am vergangenen Sonnabend von seinen kontraktlichen Verpflichtungen uns gegenüber entbunden haben.“

5. Kreis. Freitag den 1. Dezember, abends 9 Uhr, im Volkshaus außerordentliche dringende Zusammenkunft der Genossinnen. Wichtige Tagesordnung. Deshalb zahlreiches Erscheinen Pflicht.

Gewerbegericht.

(Mit Hauptmannschaft Dresden-Altkath.) Der Glasglaser Gorth klagte gegen die Kristallglaserwerke Deuben auf 5 M. Lohn und 20 M. für einen Wochenlohn. G. hatte bis zu Ablauf seiner Kündigungsfrist am 28. Oktober gearbeitet. Am Abend desselben Tages war er nach seiner Angabe vom Anglermeister O. wieder gegen einen Wochenlohn von 5 M. in Arbeit genommen, am Sonnabend darauf aber von O. von den Firmeneinhabern aus dem Unternehmen entlassen worden. O. hat für die Entlohnung nur 2 M. Lohn gegeben, weshalb er die fehlenden 3 M. und einen vollen Wochenlohn von 25 M. einfordert. Der Herr O. behauptet, G. nur verjährtweise noch einmal genommen zu sein, während die Firmeneinhaber von der Einstellung G. nichts wissen wollten. Der Meister O. seine Angaben bestritt, er sei als Firmeneinhaber die restierenden 5 M. von der ersten Woche zuwilling gezahlt, wurde aber im übrigen mit seiner Klage abgewiesen und hatte die Kosten in Höhe von 1 M. zu zahlen.

Die Möbelfabrik Wähig u. Komp. in Kadzschau klagte gegen die Tischler Saha! und Fischer auf Schadenersatz von 26,84 M. bezw. 6,82 M., weil sie am 4. April d. J. bei dem des Streiks neue angefangene Arbeitstage liegen gelassen hätten. Diese Arbeiten sind dann später von den Meistern der Fabrik fertiggestellt und dadurch viel teurer geworden, als sie ursprünglich angeschlagen waren. Die Beweisführung hierzu nahm mehrere Stunden in Anspruch, da es dem Gericht fast unmöglich war, in die von der Fabrik beliebte Arbeits- und Durchführungsweise hineinzufinden und die Klage auch nicht klar begründet war. Schließlich wurde G. zu einem Schadenersatz von 19,80 M. verurteilt, während die Klage gegen B. zurückgewiesen wurde. Den Kosten mußte G. 1 M. und die Firma 50 Pf. zahlen.

Der Porzellanmalter Pöschel hatte in der Porzellanfabrik von Rühn sich in Kutschappel vom 15. April d. J. über gearbeitet. Sein wöchentlicher Verdienst betrug 4 1/2 M. Um wenigstens seine dringenden Bedürfnisse bestreiten zu können, war ihm von der Firma laufend Vorschuss gegeben worden. Am 14. Oktober kündigte P. und hörte am 28. Oktober auf. Sein Vorgehen hatte er noch so viel Vorschuss, daß er nicht nur die letzten 14 Tage ganz unbesorgt gearbeitet hätte, sondern der Firma noch 20 M. schuldig war. Als er fortging, gab ihm die Firma ein Arbeitsbuch mit heraus. P. klagte nun auf 2 Wochen Lohn d. 12 M. und auf Entschädigung für 11 Tage wegen Verweigerung des Arbeitsbuches. Die Firma weigerte sich und erklärte, es habe sprüche nicht an. Auf Grund vorgelegter Bücher bewies P., daß bei denselben Preisen andere Arbeiter bedeutend mehr Geld verdienen. P. mußte auch zeigen, daß die anderen Kollegen bescheidener waren wie er. Auch blieb er den Beweis schuldig, daß er durch das Verweigen des Arbeitsbuches Schaden gehabt hat. Nach Angabe des Firmeneinhabers ist das Buch nur aus Unkenntnis des Kontorpersonals zurückgehalten worden. Ein Schluß kam ein Vergleich zustande, wonach P. sofort 20 M. empfangt erhielt und beide Teile auf weitere Forderungen verzichteten. Vorsitzender: Regierungsrat Dr. Richter. Beisitzer: Oberingenieur Köhmer-Deuben, Forster Krefsch-Potschappel.

Uns der Umgebung.

Katz-Kenditz. Freitag den 1. Dezember, abends 9 Uhr, findet im Restaurant Wodtger Höhe eine wichtige Versammlung der Parteigenossen unseres Bezirks statt. Sie werden gebeten, recht zahlreich zu derselben zu erscheinen.

Laubegast. Der Eiferabend der freien Turnerschaft findet nicht in Donaths Neuer Welt, sondern im Goldenen Anker in Laubegast statt.

Gompig. Am Sonntag den 3. Dezember finden in Dietrich Restaurant von 3-6 Uhr nachmittags die Gemeinderats-Ergänzungsarbeiten für die I. Klasse der Unfähigen und für die Klasse der Unfähigen statt. Für die unfähigen Klassen kandidieren von unserer Seite die Genossen August Wätmer als Vertreter und Emil Siebe als Stellvertreter. Die Wätmer als Vertreter und Emil Siebe als Stellvertreter, die in Aussicht stehende Steuererhöhung und -verschönerung wird es jedem unansässigen Wähler zur Pflicht, am Wahltage seine Stimme für unsere Kandidaten abzugeben.

Gorbitz und Umgegend. Es sei an dieser Stelle an den am Sonntag den 8. Dezember im Gasthof Kofka stattfindenden Familienabend des Bezirks Gorbitz und Umgegend des Sozialdemokratischen Vereins für den 6. Wahlkreis hingewiesen. Durch das vorzüglich zusammengestellte Programm werden jedem Besucher einige Stunden der Erholung und guter Unterhaltung geboten, die gegenwärtig nur angedeutet empfunden werden können. Besonders sei aber auf das Zusammenwirken der hiesigen beiden Arbeitervereine aufmerksam gemacht. Die Arbeiterpartei begrüßt das, zumal die jetzige Zeit sie immer dringender zur Einigkeit und lebhafte Zusammenarbeit. Durch starken Besuch des Familienabends möge die Arbeiterpartei den Wunsch ausdrücken, daß dem jetzigen Zusammenwirken der zwei Arbeitervereine bald deren endgültiger Zusammenschluß folge.

Bilsdorf. In der gestern stattgefundenen Stadtratsverordneten-Ergänzungsversammlung unterlagen unsere Genossen den Gegnern. Trotz der Erschütterung im letzten Lager war es uns nur gelungen, die Ersatzliste zu stellen. Als Ersatzmänner wurden gewählt die Genossen Hildebrand und Max Bieda.

211. Sitzung. Am Samstag. Die zweite.

wird fortgesetzt. Die zweite Sitzung. Am Samstag. Die zweite.

Die zweite Sitzung. Am Samstag. Die zweite.

Die zweite Sitzung. Am Samstag. Die zweite.

Die zweite Sitzung. Am Samstag. Die zweite.

Die zweite Sitzung. Am Samstag. Die zweite.

Die zweite Sitzung. Am Samstag. Die zweite.

Die zweite Sitzung. Am Samstag. Die zweite.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

Sitzung vom 28. November, vormittags 10 Uhr. (Fortsetzung.)

Hr. Oplig (cont.) bepricht zunächst die allgemeine Lage. In der Theorie sei auf die Folgen der anhaltenden Dürre hingewiesen...

Herrn Wendt wird die Bitte des Beamtenstandes zu den Vorarbeiten, die die letzte Neuregulierung der Beamtengehälter...

Die wichtigste Aufgabe des Reiches liegt aber auf dem Gebiet der Jugendfürsorge. Für die Einführung von Mitteln zu diesem Zwecke...

Herrn Dittner (nall.) schließt sich dem Vordrucker an, soweit dieser dem früheren Finanzminister für die Verbindung der sächsischen Finanzen gedankt hat...

Über die Stellung der Beamten und Bediensteten im öffentlichen Leben herrschen bei den höchsten Beamten noch vielfach totalitäre Auffassungen. Der Vordrucker soll sich nicht bloß auf den...

daß der Druck, der in dieser Richtung besteht, beseitigt wird, daß vor allem mit der Auffassung ausgeräumt wird, daß nur konventionelle...

Wir fordern die Aufhebung der indirekten Steuern. Ich will hier nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern verweise auf die Ausführungen im vorigen Landtage...

Ich werde nun zum Etat sprechen, will ich noch auf einige Worte des Hrn. Oplig eingehen. Er hat auf die Lasten hingewiesen, daß sozialistische Schriftsteller den Übergang der kapitalistischen...

Wenn wir den Beamtenstand zu den Vorarbeiten, die die letzte Neuregulierung der Beamtengehälter...

Herrn Dittner (nall.) schließt sich dem Vordrucker an, soweit dieser dem früheren Finanzminister für die Verbindung der sächsischen Finanzen gedankt hat...

Über die Stellung der Beamten und Bediensteten im öffentlichen Leben herrschen bei den höchsten Beamten noch vielfach totalitäre Auffassungen. Der Vordrucker soll sich nicht bloß auf den...

Wir fordern die Aufhebung der indirekten Steuern. Ich will hier nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern verweise auf die Ausführungen im vorigen Landtage...

Ich werde nun zum Etat sprechen, will ich noch auf einige Worte des Hrn. Oplig eingehen. Er hat auf die Lasten hingewiesen, daß sozialistische Schriftsteller den Übergang der kapitalistischen...

Wenn wir den Beamtenstand zu den Vorarbeiten, die die letzte Neuregulierung der Beamtengehälter...

Herrn Dittner (nall.) schließt sich dem Vordrucker an, soweit dieser dem früheren Finanzminister für die Verbindung der sächsischen Finanzen gedankt hat...

leben Willen Kunft

Dresdner Kalender

Theater, Repertoire vom 30. November, Opernhaus

Verfassungen.

6. Kreis, Bezirk Cottin. (Versammlung vom 21. Nov.) Genosse Medlicott sprach über das Thema: 'Die Verfassung...

6. Kreis, Bezirk Reuben. In der letzten Gruppenversammlung hielt Genosse Wirth einen Vortrag, in dem er sich mit den bevorstehenden Reichstagswahlen beschäftigte.

6. Kreis, Bezirk Striesen. (Mitgliederversammlung vom 24. November in der Erholung.) Die Versammlung war schwach besucht. An Stelle des Genossen Renke, der erkrankt war, war Genosse Richter eingetreten.

6. Kreis, Bezirk Gadow. (Versammlung am 23. Nov.) Kollege B. Starke referierte über den Nutzen der Organisation. In der Debatte wurde die Bauscherei der Firma Wöhler in Kötz hart an den Pranger gestellt.

6. Kreis, Bezirk Dresden. In der am 23. November stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte Kollege Manig über: Solidarität in der Gewerkschaft.

Wahlversammlungen.

Cotta. In einer gutbesuchten Frauen- und Volksversammlung am 24. November im Gasthof zu den Linden sprach Genossin Baumann über: Die Frauen und die Reichstagswahlen.

nicht, aber wählen können wir. In der Debatte über Genossin Schilling noch besonders auf die Ausbeutung der Frauen in der Industrie hin und betonte hierbei die Notwendigkeit der Vertretung...

In der am 21. November in Schumanns Gasthof in Riechberg stattgefundenen öffentlichen Volksversammlung referierte Genossin Baumann über: Die Frauen und die Reichstagswahlen.

Am Donnerstag den 23. November sprach Genossin Baumann in Hamburg im Sächsischen Wolf über das Thema: Die Frauen und die Reichstagswahlen.

Am Sonnabend den 25. November fand im Gasthof 'Glocke' in Kötz die erste Reichstagswahlversammlung im Sächsischen Wolf statt.

Briefkasten.

V. S., Poststraße. Deswegen werden Ihren Sohn Schmitz seitens nicht entstehen. M. S. 15. Wenden Sie sich an die Wohnungsinhaberin...

Victoria-Salon = Haskel u. Ensemble u. grosses Varieté-Programm. Anfang 3 Uhr, Sonntag 4 Uhr u. 8 Uhr.

Das Rennen in Dresden macht Tymians Thalia-Theater. Görlitzer Str. 6. Telefon 630. Linien 2 und 7.

Dieser Schwan



Ist Ihnen, verehrte Hausfrau, jedenfalls keine unbekanntes Erscheinung, er stellt die Schutzmarke dar für das altbewährte, in der Hausfrauenwelt seit 30 Jahren so sehr beliebte Dr. Thompson's Seifenpulver.

Enthält weder Chlor noch andere scharfe Substanzen. 1/2-Paket 15 Pfg. Überall erhältlich.

Michael Kohlhaas

Erzählung von Heinrich von Kleist

Der Knecht, auf dessen Gesicht sich bei diesen Worten eine Röthe... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

Kohlhaas sagte besonnen: "Woburch aber soll du die Verjagung... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

Herse beschränke ihn, daß es so sei. "Keine Ungefügigkeit... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"Um dieser Ungefügigkeit aber," sagte Kohlhaas, "bist du von der... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"Du meinst," antwortete ihm Kohlhaas, "es war ein so... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"Um!" sagte Kohlhaas. "Was gibst du darauf an?"... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

Der Knecht, auf dessen Gesicht sich bei diesen Worten eine Röthe... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"Aber die Veranlassung!" rief Kohlhaas. "Sie werden doch... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"O allerdings," antwortete Herse, "und die allererwähnte... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"Für Schwein?" rief der Schloßvogt. "Ich will dich, Knecht... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

Kohlhaas sagte, bleich im Gesicht, mit erzwungener... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"Himmelsdamm!" rief Herse, "Siegung und Verden liegen... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"Nun, nun!" sagte der Knecht, "es war eben nicht... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

Der Knecht, auf dessen Gesicht sich bei diesen Worten eine Röthe... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"Aber die Veranlassung!" rief Kohlhaas. "Sie werden doch... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"O allerdings," antwortete Herse, "und die allererwähnte... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"Für Schwein?" rief der Schloßvogt. "Ich will dich, Knecht... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

Kohlhaas sagte, bleich im Gesicht, mit erzwungener... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"Himmelsdamm!" rief Herse, "Siegung und Verden liegen... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"Nun, nun!" sagte der Knecht, "es war eben nicht... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

Der Knecht, auf dessen Gesicht sich bei diesen Worten eine Röthe... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"Aber die Veranlassung!" rief Kohlhaas. "Sie werden doch... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"O allerdings," antwortete Herse, "und die allererwähnte... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"Für Schwein?" rief der Schloßvogt. "Ich will dich, Knecht... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

Kohlhaas sagte, bleich im Gesicht, mit erzwungener... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"Himmelsdamm!" rief Herse, "Siegung und Verden liegen... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"Nun, nun!" sagte der Knecht, "es war eben nicht... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

Der Knecht, auf dessen Gesicht sich bei diesen Worten eine Röthe... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"Aber die Veranlassung!" rief Kohlhaas. "Sie werden doch... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"O allerdings," antwortete Herse, "und die allererwähnte... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"Für Schwein?" rief der Schloßvogt. "Ich will dich, Knecht... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

Kohlhaas sagte, bleich im Gesicht, mit erzwungener... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"Himmelsdamm!" rief Herse, "Siegung und Verden liegen... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

"Nun, nun!" sagte der Knecht, "es war eben nicht... Die bey... Def. Verein Gewo Strick... Mutter

Radeberg!!

Montag den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Kaiserhof
Öfftl. Volks- u. Wählerversammlung

Tages-Ordnung:
Die bevorstehenden Reichstagswahlen und die bürgerlichen Parteien.
 Referent: Landtagsabgeordneter **Julius Fräsendorf**.
 Hierzu freie Aussprache. Redezeitlich zugesichert.
 Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Einberufer:
 E. Straune, Bismarckstr. 4.

Öff. Damen-Vortrag

Donnerstag den 30. November im Hotel Kaiserhof.
Thema:
Erkältungskrankheiten bei Erwachsenen und Kindern. Ihre Bedeutung für die Rasse.
 Referent: Frau Dr. med. **Purtscher, Basel**.
 Mitglieder frei. **Eintritt 25 Pf.** **Einlass 8 Uhr.** **Anfang 8 1/2 Uhr.**
 Um zahlreiches Besuch bitten
Der Naturheilverein zu Radeberg u. Umg.

Verein für Verbesserung der Frauenkleidung.

Donnerstag den 30. November, abends 8 Uhr
Vortrag von Ella Law mit Lichtbildern und Kleiderschau
 in **Weinholds Sälen, Moritzstraße**
Gewolltes und Erreichtes
Eintritt 10 Pf. Mitglieder frei.

Gebr. Riechhorn
 Trompeterstrasse 17
 neben der Zentraltelephon-Zentrale



Poppenwagen N. 1, 2, 3, 4, 5
 Poppenwagen N. 1, 1 1/2, 2, 3 1/2
 Kindersitze N. 1/2, 3/4, 1 1/4, 1 3/4
 Kinderstühle N. 1, 2, 3, 4, 5
 Kinderbetten N. 1, 2, 3, 4, 5
 Kinderpolster, Wanderschiffchen.
 Nur solche Ausführungen!
 Auswahl und Billigkeit
 nach wie vor unerreicht.

Strick-Westen
 Normal-Hemden
 Barchent-Hemden
 Unterhosen, Socken
 Rosenträger, Taschen
 Hücher, Schürzen etc.
 empfiehlt billigt
E. Köhler
 Am See 13.

Mutterspritzen



mit 2 Kanülen von 1,75 M. an.
 Einflüssen, Reibblinden, Menstruations-
 beschwerden, Vorkindern, u. hygien.
Frauen-Artikel
 Preisliste, Ant. Post. 10 Pf. Kabell.
Frau Heusinger
 Post 37 Am See 37 000
 Erster Laden vom
Dippoldswalder Platz.
 Genau auf Namen und
 Postnummer achten.

Jede Uhr
 wird billigt und
 gut repariert.
Neue Feder
 1 Mark.
 Taschenuhr zeit.
 1.50 M.
P. Fehrmann
 Uhrmachermeister
 23 Bürgerstrasse 3 am
Schneestock
 20 Dennewitzstr. Meter 1,10 M.
Schneewate
 20 Dennewitzstr. Meter 1 M.
 Dekoration v. Weinhauseinstellung.
 Ladung Philippsohn, Stadthaus 15, 1.

Gemeinsame Ortskrankenkasse für Geschütz und Döllschchen.

Donnerstag den 30. November, abends 8 Uhr
Ordentl. Generalversammlung
 im Restaurant **Kellerteller, Goldsch.**
Tages-Ordnung:
 1. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung für 1911.
 2. Neuwahl für die auscheidenden Vorstandsmitglieder und Erzieher-
 männer.
 3. Beschlußfassung über Anträge, die bis zum 27. November schriftlich
 beim Vorsitzenden eingehen.
 4. Allgemeine Kassenangelegenheiten.
 Kassenmitglieder und deren Arbeitgeber können als Zuhörer
 teilnehmen; als Legitimation gilt bei unbekanntem Namen a) der
 Kassenmitglieder die Mitgliedskarte, b) der Arbeitgeber die letzte
 Beitragsanweisung bezw. Abrechnung.
Goldsch., den 18. November 1911.
Für den Gesamtvorstand:
 G. Hübner, Vors.

Varieté Musenhalle.
Heute neues Programm!
Krauses Badereise in zwei Akten. Humoreske.
 Devise: Lachen macht gesund!
 Und der vorzügliche **„Lustentheil“**
 Ab 1. Dezember: **Neue Truppe**
J. Deuschl, Schauspieler und Sänger aus München.

Allgem. sächsischer Skat-Verein
 Hotel Bürgerhaus, Dresden-N., Große Bräutigasse 25
Großer Skat-Kongreß
 1. Preis: 1200 M., 2. Preis: 1000 M., 3. Preis: 850 M. usw.
 Es wird noch an folgenden Tagen gespielt:
 Donnerstag den 30. November und Sonntag den 3. Dezember.
 Die Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Die Baupläne

des Kleinwohnungs-Bauvereins, e. G. m. b. H., Dresden,
 für billige Einfamilien- und Gruppenhäuser in **Stetsch**
 sind fertiggestellt und liegen vom 2. bis 4. Dezember 1911
 im Gasthof zu **Stetsch** aus.
 Die Bedingungen, unter welchen Kleinhäuser erietet oder
 erworben werden können, liegen dort aus sowie in der Ge-
 schäftsstelle, Dresden, Jägerstraße 63, Telefon 12200.
Vierstündige der Interessenten, Auskunftszeitung
 und **Einrichtungen Sonntag den 3. Dezember 1911,**
 nachmittags 4 Uhr, im **Gasthof zu Stetsch.**

Persil



Tadellos gewaschen
 Ist jedes Stück frisch und dellig wie auf dem Rosen-
 gebirge, wenn Sie für Ihre Wäsche nur Persil
 gebrauchen, ohne Zusatz von Seife und Wasch-
 pulver. Kein Reiben und Bürsten, daher keine
 Zerstörung des Gewebes! Versuchen Sie es!
 Höchlichst war in Original-Paket.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
 Allehöchste Fabrikanten auch der weltberühmten
Henkels-Bleichen-Soda

Anzahlung Nebensache!
Abzahlung spielend leicht!



10%
 Vergütung der Anzah-
 lung bei Vorzugung
 dieser Annonce und
 die bekannten
Grattsugaben.

Damen-Garderobe auf Kredit
 Kostüme, Blusen, Kleider, Röcke, Jacketts, Paletots, Staubmäntel, Jupons,
Herren-Garderobe auf Kredit
 Jacketts, Rock, Gehrock-Anzüge, Paletots, Pelzerinnen, einzelne Hosen, Westen,
 Stiefel, Uhren, sowie Knaben- und Mädchen-Konfektion.
Möbel - Spiegel - Polsterwaren usw.

Otto Fietze
 vorm. S. Gotschke
2 Grunaer Strasse 2
 Erste Etage, direkt am
 Pirnaischen Platz.

An der Spitze
 aller medizinischen Seifen steht
Steinseif, Teer-Steinseife
 von **Bergmann & Co., Leipzig**
 Schutzmarke: **Stedenpferd**
 denn es ist die beste Seife gegen
 alle Hautunreinigkeiten und Haut-
 auschläge, wie **Witzler, Finnen,**
Plechten, Bläschen, Rote des Ge-
sichtes usw., à Stück 50 Pf. bei:
Bergmann & Co., König-Johann-Str.
Bergmann & Co., Altmarkt 3
C. G. Kieppertshorn, Frauenstraße 4
Weigel & Lech, Moritzstraße 12
Frz. Teichmann, Gartenstr. 24
Ernst Brähler, Leipziger Str. 107.

Petroleum-Lampen
 aller Arten
Rob. Walther
 Dresden
 Pillnitzer Str. 38.

Man verlangt jetzt
 die Biere der
Genossenschafts-Brauerei
e. G. m. b. H. Niederpoyritz
 in **Niederpoyritz**
Genossenschafts-Böhmisch
 H. Lager
Einfach, hell und dunkel.
 Sie sind vorzüglich
 und gut bekömmlich.

Für Kolporteuere!!
Märchenbücher, Bilderbücher
Spielbücher
 in grosser Auswahl zum **Wiederverkauf**
 empfiehlt

Volksbuchhandlung, Dresden, Gr. Zwinerstr. 14.
Dürkopp-Nähmaschinen
 werden von keinem anderen Fabrikat übertriffen, bei
 höchster **Nähgeschwindigkeit** ein unvergleichlich schon
 angelegener **Stich, Stichen und Stopfen.** Viel-
 jährige Garantie. Lieferung auch auf **Teilzahlung.**
 Alle Maschinen nehmen wir mit an.
 Hauptvertreter: **Sander u. Fichtner, Dr.-Colla, Barbar Str. 37.**

Gesund bleibt und Geld spart.
 Wer **Schwentes Kornkaffee** mit Zusatz von **Schwentes Heisen-**
kaffee trinkt, viel wohlschmeckender als Malzkaffee, reich an Nähr-
 stoffen. Nur echt in Packung mit Schwantes **„Mohr“**. Zu haben:
 Konsumverein für Viehchen und Umgebung und **Köhlendörfer.**
 So nicht erhältlich Versand ab **Radebeuler Feigenkaffee-Fabrik Bernh.**
Schwente, Radebeul-C. Gartenstraße 80.

Zephyr-Linon-Dauerwäsche
 ist ein **praktisches Weihnachtsgeschenk.** Ich empfehle bunte
 und weisse Garnituren, **Andergarnituren, Damen- und Herren-**
 tragen in allen Weiten, in bester Qualität zu **billigsten Preisen.**
G. Habich, Weitzbachstraße 8.

45 Pf. 1/2 Pfd. Schinken-Fett 45 Pf. 1/2 Pfd.
 (stetig frisch, Schumannstrasse 31, Ecke.)
Brillen, Klemmer
 in Gold, Silber, Taubst., Nickel,
 Edelstein, Hartgummi, Horn und
 Stahl, tabellarisch etc. pa. Gläser
 u. 1.50 M. an. Reparaturwerk.
F. E. Zimmermann
 Othmarstr. 4 a. d. Döllschchen-Garten.

Marke Horenz
 Dänisch Bündel
 ein milder Stoff

1000 la Salon-Briketts
 reelle Ware, großes Format
 8.50 M. frei Keller nach allen
 Stadteilen
Paul Beger, Lübtow, Söhr. 29
 Fernruf 11810.

Kleian's
Hienfong-Essen.

Neue Kleider-Stoffe
 Kostüm-Stoffe
 Blusen-Stoffe
Halb-Lamas
 solche Qualitäten
 billige Preise.
Ernst Venus
 Annensstrasse 28.

28
Ernst Venus
 Annensstrasse 28.

+ Damen +
 empfehle nur bessere **hygien.**
Artikel und wenden sich bei
 Einarung vertrauensvoll an
Frau Fröhlich, Leipzigerstr. 28.

Postkarten
 mit eigener **Photographie**
 4 St. 1 M., Tugend 1.50 M.
 liefert
Photograph Richard Hähnig
 Marienstr. 1., in Haus u. Wege 1. Jah.

Dieses
 kaufen Sie
 am vorteil-
 haftesten
 in großer
 Auswahl
 nur bei

Möbel-Kasse
 Rosenstraße 45
 part. 1., 2., 3. Et. u. Hintergeb.
 Teilzahlung gestattet.

Puppenperücken
 in großer Auswahl, auch von den
 zu negebenden **Haaren**, werden bill.
 angefertigt. **Richard Heger Nachf.**
 St. Annenstr. 12, l. u. k. Konsumvereins.

Uhren
 aller Art zu
 gut u. billigt
 repariert
Neue Uhren
 enorm billig u. sparen
 der **Ladennote**
Max Richter, Annenstr. 28, J.
 Schauliederd., noch neu, f. 4 M.
 zu verl. **Oppelstraße 19, l. M.**

Komm, Sieb, Stanne und Kaufe

unserer Pleureuse Nr. 420 als

Weihnachts-Schlager!!

nur bis zum Fest

trifft 40 nur 28 M.

Ohne Kiel gemessen circa 82 cm lang, 45 cm breit.

Blumenkunst

Scheffelstr. 20.

4 gute Joppen (Sport-Jaffon)

Sportbillig abgegeben.

Flemmingstraße 5, 1.

Damen

und Herren kaufen ihre Hüte, Stoffe, Gardinen, Vorhänge, Portieren, Betten usw., Pelzwaren

Konfektion

Hausmäntel, Blusen, Kostüme usw., da auch bei Anfertigung nach Maß

Teilzahlungen

gest. in d. Verkaufsgeschäft von

H. Loob, Lilieng. 13, 1

nähe Postplatz. Teleph. 18012.

22 Nur **22**

Wach-Anzüge von 8, 12, 16 M. an. Paletots von 5, 10, 15 M. an. Keine Güten, Jacketts und Schuhe v. 2 M. an, großer Vorkauf Winter-Anzüge staunend billig. Damenkleider, Wäsche und Betten äußerst billig. Fracks und Gehrocke, Anzüge werden billigst verkauft und vertieft von

M. Dankner

nur Webergasse 22, 1. gegenüber der Vorendstraße.

Vogel. Musikhaus

Robert Adler

Freiberger Straße 132 (am Crispplatz) empfiehlt alle Arten Musik-Instrumente. Beste Verarbeitung!

Frauen!

Bei Periodenstörungen nehmen Sie nur mein erprobtes garant. anst. Mittel, 3 und 5 M. Alle hng. Erbschaft. Anfertigung gratis. 10% Rab. Frau Wünsche, Poststr. 33, 2.

Musik-Instrumente oder Art

kauft und tauscht

Ziegelstraße

nur Otto Friebe 13

Eckhaus Steinstraße.

Patente

Vor Anmeldung sende man Skizzen, ein. Ich begünstige dieselbe kostenlos, zeige Weg zum Erfolg, Auskunft frei. Käufer vorhanden. Buch 50 Pf

Patentbüro **HOLSMANN**, Dresden-4

Waisenhausstr. 32

Bräutleute

kaufen Möbel am billigsten im

Cottner Möbel-Haus, Dresden-Gotta, Goffebauher Str., gegenüber der neuen Schule. Langjährige Garantie.

Badeanstalt Sorz

Großenhainer Straße 185

Samml. Bäder, erstr. best. Gerichte

Krankenkasse zurechenbar

Pommes Abholung für Herren und Damen

Alles wird teurer

nur das Wirtschaftsgeld bleibt das gleiche. Deshalb nehme man an Stelle der teuren Naturbutter die bekannt allerfeinste Pflanzenbutter-Margarine

Palmato

Von feinstem nussartigem Wohlgeschmack und köstlichem Aroma. Garantiert frei von tierischen Fetten. Die Ersparnis ist bedeutend.

Ausschließliche Fabrikanten: A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Aepfel

feinste Sorten, große Ausd., empf. bill. R. Scholze, Obst u. Gärbr. en gros, Dresden, Hauptmarkt 21, 1/8

Hygienische Frauen-Artikel

Perioden-Pulver

Gummiswaren, Spülapparate, Mutterkapseln, Leibbinden.

Preisliste gratis. 10% Rabatt.

E. Pietzsch

Dresden-A., Johannisgasse 7.

2 gute Mäntel u. 1 Heberzieher sehr preiswert zu verkaufen.

Flemmingstraße 5, 1.

Frauen!

gebrauchen bei Störungen Perioden-Pulver Schachtel à 2,50 M. Prospekte gratis.

Frau Hennig, Am See 24.



Dampfbäder von 5.- bis 26.-

Badewannen-Spezialgeschäft

Wettinerstraße 16.

Nur Galeriestr. 11

Nähe des Altmarktes kaufen Sie Ihre Kleider, von Verriäpften wenig getr., billig. Mahantüge v. M. 8.-, 10.-, Mäntel, Paletots v. M. 5.-, 18.-, Kinderanzüge aus gutem Stoff v. M. 2,50, Pelzwaren v. M. 5.-, 10.-, Schube v. M. 1,50, neue Musteranzüge, a. gut. Stoff v. M. 15.-, 20., Damenstüme v. M. 5.-, 10., Paletots v. M. 5.-, Federbetten v. M. 10 an. Pradanzüge verkauft u. verliebt, einzelne Möbel vert. bill. Ausd. Kund. Fahrvergn. Nur Galeriestraße 11, 1.

Akkumulatoren

werden sachgemäß und billig geladen im Akkumulatorenwerk

Hugo Pötschke

Neue Gasse 26.

Neue und gebrauchte am Lager

Sehr gut erh. Herr. Winter-Übers. für starke Verh. 1 schwarz. Tuch-Damen-Jackett u. 1 fast neu Spiritus-Gasplättchen sehr billig zu vert. Eisenader Straße 11, part. rechts. Händler verboten.



Massiv goldene Trauringe

(mit gesetzl. Stempel)

per Pa r 8-35 Mark

Moderne Formen! Gravierung gratis!

Hugo Künzel

Dresden-A.

Wettinerstr. 8, nahe Postpl. Fernspr. 12 134.

Nur Große Brüdergasse 11, 2. Eingang Quergasse, kaufen Sie herrschaftl. getragen O. u. D.

Kleider

Schuhe, Betten zu bill. Preisen

Eberl-Bräu

Echt Münchner

in Halbliter und 1/2 Liter-Flaschen

Prämien-Bons

überall erhältlich

Aepfel

va. Sorten, bill. z. vert. Obsthaus, Zerzoffener, Obst. Familienk. Preise

Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren in Dresden.

Nähere Bezeichnung	Breite für 1/2 kg		
	am 26. November 1911	1. Oktober 1911	1. Juni 1911
Rindfleisch			
Brust	70-120	70-120	70-120
Flank	70-90	70-90	60-80
Bratenfleisch, Keule	90-180	90-130	80-120
Schob	100-200	100-200	100-200
Lebde, unangehäut	90-130	80-130	80-120
Lebde, ausgehäut	180-250	180-250	180-250
Lambfleisch			
Schnitzfleisch	180-240	180-240	140-240
Keule	80-130	80-130	80-120
Uebrige Teile	70-120	70-120	60-120
Lammfleisch			
Keule	90-120	90-120	80-120
Stolett	90-120	90-120	80-120
Kochfleisch	60-100	70-100	70-110
Schweinefleisch			
Keule	75-120	75-120	60-120
Karrée	90-120	90-120	100-140
Flank	60-80	60-80	60-80
Knöchel	80-70	80-70	80-70
Rauchfleisch	90-130	90-130	80-140
Schinken, im ganzen Stück	100-150	100-150	100-140
Schinken, im Aufschnitt	140-240	140-240	140-240
Speck, geräuchert	75-120	75-120	60-120
Speck, roh	70-90	70-90	70-100
Schweinehälft	90-120	90-120	90-120
Rindschmalz			
Blutwurst	60-80	60-80	60-80
Leberwurst	50-140	50-140	50-140
Leberwurst	60-140	60-140	60-140
Berlinerwurst	120-240	120-240	120-240

Anmerkung: Es verstehen sich: Der niedrigste Preis für Fleisch mit Zulage, der höchste Preis für Fleisch ohne Zulage.

Unsere Leser machen wir darauf aufmerksam, daß unsere diesjährigen Weihnachtshefte solange der Vorrat reicht

Französische Revolution Prachtwerk mit Origin Bildern, Kunstdr., u. G.

Illustriertes Novellenbuch neuer deutscher Meister stattlicher Ganzleinenband von 532 Seiten

zum billigen Ausnahmepreis von 3,50 M. in unserer

Volksbuchhandlung, Dresden, Große Zwingstr. = Straße 14 = erhältlich sind.

Nähmaschine 18 M., mit 2 Jähr. Garantie, 200 St. vert. Wettinerstraße 52, pt. 2. Ober.

Vißmaschine, ausgeg. nähend, billig zu vert. Wettinerstr. 80, 1. l.

Wied. Puppen- und Klappwagen bill. z. vert. Grünestr. 8, 1.

stube u. Küche 1. u. 2. Stock, sofort oder z. 1. Juni z. vert. Br. 140 M. Besichtigung abds. 8-8. Seldnitz, Sorbenstraße 22, p. 2. St.

Maschinenschlosser gefucht Drehbank-Fabrik Bergmannstraße 40.

Strohhut-Maschinennäherinnen

für Ober- und Unterfisch, in und außer Haus sucht Strohhutfabrik, Frig-Meuter-Str. 10.

Tag-Schneider

somit für dauernde Beschäftigung gesucht.

Robert Eger & Sohn.

Herzlichen Dank

Sagen wir hierdurch für die vielen Beweise inniger Teilnahme, welche uns beim Hinscheiden unseres lieben, unvergesslichen Sohnes und Bruders **Martin** zuteil wurden. Besonders dankbar sind wir den verschiedenen Vereinen für die reichen Blumenpenden, speziell aber den Turnern, sowie der Jugend von Rochwitz für die dem Leiber viel zu früh Verstorbenen erwiesenen letzten Dienste und Ehrungen. Auch Herrn Pfarrer Jacob für die tröstlichen Worte am Grab.

Zu tiefsten Schmerz

Familie Fichte-Rochwitz

Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die in den Anzeigen enthaltenen Angaben.

